

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 12.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 22. März 1913.

Redakteur: A. Geymann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

## Der moderne Organisationsgedanke.

Der Organisationsgedanke, wie er heute allen Ständen und Schichten eigen ist, konnte erst Wurzel fassen und sich Bahn brechen, als der Boden dafür vorbereitet, als „die Zeit erfüllt war“. Und diese Zeit, die er voraussetzte, war der Niederbruch der Herrschaft des „autoritativen Prinzips im Wirtschafts- und Staatsleben“, d. h. des Regierens und Verordnens ausschließlich von oben herab. Als die Periode der Freiheit die der Gebundenheit ablöste, als das „Aufsichselbstangewiesensein“ bei dem Einzelnen wie bei ganzen Erwerbschichten den unerbittlichen Zwang zur Organisation brachte.

„Zeit der Herrschaft des autoritativen Prinzips im Wirtschafts- und Staatsleben“ — was sollen wir uns im einzelnen darunter vorstellen? Statt theoretischer Auseinandersetzungen setzen wir drei Beispiele hierher.

### 1. Stellen wir uns die

#### Gewerbeverfassung alten Stils

vor, den Zeitabschnitt ungefähr, als das mittelalterliche Handwerk den Kampf um seine Unabhängigkeit gegenüber den Patriziern vollendet, als es in den Städten zur Herrschaft gekommen und die Verwaltung der gewerblichen Angelegenheiten in die eigene Hand bekam. Nun wurde Produktion und Absatz geordnet und geregelt. Die von den Zünften geschaffene Verfassung regelte genau, wer produzieren, was der Einzelne herstellen durfte (Abgrenzung der Gewerbe und Berufe), auf welche Weise das Arbeitsprodukt hergestellt wurde und unter welchen näheren Voraussetzungen im Rohstoffbezug, in Quantität und auch, wohin geliefert wurde. Meister und Gesellen im Gewerbe waren an diese Verfassung gebunden. Sie waren organisiert, beide in der großen Zunftorganisation. Und diese Organisation war da, erst um der Ordnung willen, schließlich aber zur Erhaltung der Privilegien. Sie wurde auf die Dauer zu einem Hemmnis für den Einzelnen und seine Entwicklung und schnürte das Gewerbe bis zum Ersticken ein. Darum kam die Opposition von oben (der beginnenden Großindustrie) und von unten (den Gesellen). Und als der französische Staatsminister Burgot am 12. März 1776 die Zünfte für Frankreich aufhob, war das ein Festtag für die unter der brüchigen und an allen Ecken und Enden hemmenden Zunftverfassung. Sie wurde beseitigt, die Freiheit als das neue Prinzip ausgerufen. Aber es war eine Freiheit ohne Gleichheit. Darum kam sie zumeist dem Stärkeren zugute, und er konnte sie bis zum größten Mißbrauch ausnützen, weil keine gesetzlichen Schranken da waren. So bildeten sich naturgemäß neue Abhängigkeiten, und damit wurde der Boden geschaffen für eine neue Art der Organisation. Diesmal aber nicht mehr, wie früher, als Träger der Ordnung und Verordnung in Gewerbe und Wirtschaft, sondern Organisation der Schwachen zum Schutz gegen den Stärkeren, Organisation um der Freiheit des Einzelnen willen. So namentlich bei den Lohnarbeitern, aber auch bei den Unternehmern der verschiedenen wirtschaftlichen Stärkegrade.

### 2. Auch

#### der Landbau

hatte seine Zeit der Gebundenheit in der Ordnung der Aderswirtschaft und der darin Tätigen. Wir denken an die Zeit der Hörigkeit, freiwilliger oder ererbter Hörigkeit. Das war auch eine Wirtschaftsverfassung, die autoritativ war und sich schließlich nur auf Kosten der Entwicklung des Einzelnen nur auf Kosten der Entwicklung des Einzelnen weitererschleppen ließ. Darum regten sich die Unterdrückten und rüttelten Jahrhunderte lang an den Bindungen. In Frankreich erfolgte schon Ende des

18. Jahrhunderts die Aufhebung aller Feudalrechte mit einem Schlag, in den deutschen Landen ging es etappenweise vorwärts, zuerst Aufhebung der Leibeigenschaft und der Erbuntertänigkeit, dann der Frondienste und Abgaben und schließlich die Ablösung der Realasten, sodaß nach dem ersten Viertel des 19. Jahrhunderts ein „freies“ Bauerntum neben dem „freien“ Lohnarbeiterstand bestand. Aber auch hier bedeutete die Freiheit für sich allein zunächst nur Ungeschütztsein der Schwächeren gegenüber den Stärkeren, Kapitalkräftigeren. Es zeigte sich die Gefahr neuer Abhängigkeit vom Geldgeber und Geldverleiher. Das gab den ersten Anstoß zum neuzeitlichen Organisationswesen im Bauernstand: Kreditgenossenschaft, und späterhin folgten unter dem Einfluß der Fortschritte in Chemie und Technik die übrigen Formen und Arten ländlichen Organisationswesens zwecks Schulung, Ein- und Verkaufs usw.

### 3. Auch

#### in der Politik

hatten wir die Zeit der Gebundenheit des Volkes. Wir denken an die Periode, da absolutistische Fürsten ohne Parlament nach Willkür und sonstigen persönlichen Einflüssen Gesetze diktierten. Dem freien Gewerbe in der freien Wirtschaft folgte aber naturgemäß das Verlangen der Mitteilnahme an dem Gang der politischen Geschichte des Landes. Das Volk will mitreden, will Volksvertretung und Parlament. Wenn aber das Volk durch die Volksvertretung mitregieren will, dann entsteht die Frage, welcher Gesinnung sollen die Repräsentanten des Volkes sein? Da gehen die Meinungen auseinander, je nach wirtschaftlichen, nationalen Interessen, insbesondere nach der idealen Weltanschauung. Darum bilden sich Gruppen von Gleichgesinnten zur Beeinflussung der Gesetzgebung und Politik in ihrem Sinne durch Volksvertreter ihrer Gesinnung — unsere politischen Parteien. Noch ringen die Männer miteinander um den größtmöglichen Einfluß auf den Inhalt der gegenwärtigen und zukünftigen Politik, und schon regen sich die Frauen, um einen besonderen Einschlag hineinzubringen: politische Frauenorganisationen.

Das wäre in ganz rohen Strichen ein Bild von den Wurzeln unseres modernen Organisationswesens. Es verzweigt, vervielfältigt und vertieft sich mit dem Auswachsen unserer staatlichen, gewerblichen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse. Denken wir da zunächst an die fortschreitende Umbildung der Stände, die heute noch vor sich geht unter den Unternehmern aller Arten, im Kaufmannsstande, im Privat- und Staatsbeamtentum, im Arbeiterstand; denken wir weiter an die Differenzierung ihrer Interessen. Es ist nicht so, daß die Interessen, wie der marxistische Sozialist es meint, sich immer mehr vereinfachen, nein, sie vervielfältigen sich. Das gilt für die gesamte Industrie sowohl wie für die einzelnen Gewerbe und Branchen, gilt für den Unternehmer, ob groß oder klein, wie für den Kaufmann und Arbeiter. Und denken wir schließlich an den Ausbau, den unsere Gesetzgebung in den letzten 30 Jahren durchgemacht hat. Neue Gesetze haben neue Interessen, neue Interessengemeinschaften und Organisationen geschaffen. Die Sozialgesetzgebung beispielsweise, Vereinigungen zum Studium und zur Weiterentwicklung sozialer Politik und sozialer Einrichtungen und umgekehrt zu ihrer Bekämpfung, die Arbeiterversicherung: Organisation von Krankenkassen, Krankenkassenvertretern, Organisation von Rassenärzten usw. Und fortwährend gebären neue gesetzliche Bestimmungen neue Interessengemeinschaften.

Wenn wir so von oben herab auf das „Wühllein der Pygmäen“, das da schafft und rafft und durcheinanderflutet, herabschauen könnten, so würden wir ein wirres Durcheinander von Interessen, von Druck und Gegenruck, Wirkung und Gegenwirkung

feststellen können, so eben wie sie das herrschende Prinzip der Freiwirtschaft und freien Konkurrenz und mehr oder weniger demokratischer Verfassung des politischen Lebens mit sich bringen. Wir würden aber auch finden, wie die Straßen, die das Häusermeer einer Stadt aufteilen, Grundlinien der Ordnung. Da sind die Gesetze, die die Verträge der einzelnen Interessenten, Käufer und Verkäufer, Leihverleiher, Produzent und Konsument, Unternehmer und Arbeiter, regeln und schützen. Und wir würden finden, gewisse Gruppen von Ordnungsträgern: die Staatsgesetze, Verwaltungsorgane und unsere Organisationen mannigfaltigster Art. Wir können sie heute nicht mehr zählen, die Organisationen, die das öffentliche Leben und Treiben direkt oder indirekt beeinflussen. Wenn wir „Unternehmerorganisation“ oder „Arbeitgeberverband“ sagen, denken wir vielleicht nur an eine bestimmte Form von Unternehmervereinigung und es gibt deren doch Dutzende zur Kontrolle und Ueberwachung gewerblicher Anlagen, zur Schulung des gewerblichen Nachwuchses, zu technischen Studienzwecken, zwecks Beeinflussung des Verkehrswesens, der Wirtschaftspolitik, der Regelung von Produktion und Absatz. Und unter den letzteren gibt es wieder die mannigfaltigsten Formen und Formverbindungen. So in den verschiedenen Ständen und Schichten. Es öffnen sich parallel mit der Entfaltung unseres einzelwirtschaftlichen zum volkswirtschaftlichen, ja zum weltwirtschaftlichen Leben, mit dem Verwachsen des einzelnen Bürgers mit dem gesamten nationalen Leben, Lücken, die das Wirken irgend einer Organisation, sei es zur Schulung oder Erziehung oder Vertretung von Interessen allgemeiner oder standeswirtschaftlicher Natur zur absoluten Notwendigkeit machen. Unser neuzeitliches freies Organisationswesen ist ein vollwertiger Bestandteil der Ordnungsträger geworden. Seine Funktionen können unter den herrschenden Wirtschafts- und Staatsprinzipien durch nichts anders ersetzt werden.

Wir können uns heute nicht mehr denken ohne freies Organisationswesen in allen Ständen. Selbst Gerichte haben schon anerkannt, daß die Zugehörigkeit zu diesen Organisationen, die Ausübung der Solidarität also gegenüber den Gleichinteressierten, im gewissen Sinne eine moralische Pflicht sei. Der Organisationsgedanke ist im modernen Staats- und Wirtschaftsleben zur Selbstverständlichkeit geworden. Wie könnte es anders sein, daß Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen, die unselbständigste Klasse unter allen anderen, den Zweck und die Bedeutung des Organisationsgedankens nicht verstünden? Millionen haben ihn schon begriffen, Millionen aber auch noch nicht. Denen gegenüber besteht noch wie vor eine Erziehungsaufgabe.

## Hornberger Schießübungen.

VI.

Mit der unten beschriebenen Bewegung wollen wir den Reigen schließen. Nicht als ob unser Material erschöpft wäre. Beileibe nicht. Die bisher angeführten Bewegungen haben aber doch schon den Beweis geliefert, daß der „Textilarbeiter“ alle Veranlassung hätte, etwas bescheidener zu sein. Damit ist unser Zweck erreicht. Wir behalten uns vor, in der nächsten Nummer noch einige Schlußbetrachtungen anzustellen. Heute möchten wir noch eine interessante Bewegung schildern, jene von

Göppingen 1912.

Hier hat der deutsche Verband dem ersten von 1907 ein zweites Feina beigelegt. Der Tatbestand ist folgender: Die sozialdemokratisch organisierten Kollerinnen und Spulerinnen der Firma Wilh. Fuß u. Söhne verlangten Anfangs August 1912 eine Aufbesserung ihrer Lohnsätze. Die Firma machte Zugeständnisse.

Diese wurden von den Arbeiterinnen mit neuen Forderungen beantwortet. Sie wurden von der Firma abgelehnt, weswegen die 29 Arbeiterinnen in Streik traten.

Die Erhebung neuer Forderungen zeigt schon, daß man sozialdemokratischerseits den Kampf wünschte. Offenbar spielten da parteitaktische und agitatorische Momente mit. Die Landtagswahl stand in Aussicht. Infolge der Stänkereien innerhalb der Göttinger Sozialdemokratie schien das Landtagsmandat gefährdet. Da brauchte man eine zugkräftige Parole. Weiter gedachte man einen großen Fischzug für den deutschen Verband zu machen. Das geht schon aus dem Flugblatt hervor, mit dem dieser die Bewegung einleitete. Das Flugblatt war betitelt: „Anklage gegen die unorganisierten Textilarbeiter in Göttingen und Umgebung.“ Die Anklage lautete: „140000 organisierte Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aus Deutschland und 900 aus Göttingen erheben Klage gegen euch, weil ihr, die ihr in der Textilindustrie arbeitet, bisher dem deutschen Textilarbeiter-Verband ferngeblieben seid.“ Damit drückte man von vornherein der Bewegung den agitatorischen Charakter auf. Die Unorganisierten hatten denn auch sofort das Gefühl, daß die Bewegung sich in erster Linie gegen sie richtete. Das kommt in einer von den unorganisierten Arbeitern der Firma Bus u. Söhne abgegebenen öffentlichen Erklärung deutlich zum Ausdruck. Es heißt dort:

„Der Streik selbst scheint uns von langer Hand vorbereitet zu sein, um hauptsächlich die Unorganisierten zu zwingen, entweder in den Verband zu gehen oder die Arbeit zu verlieren; anders konnten wir das Gebaren der Führer und Führerinnen nicht auffassen, denn sie leisteten an Verhetzung das Menschenmögliche.“

Die unorganisierten Weber und Weberinnen wurden vor Beginn des Streiks von den rot organisierten Spulerrinnen drangsalziert. Hierüber berichteten erstere in ihrer Erklärung:

„Wegen ein oder zwei Spulen mußte der weite Weg in den Spulsaal gemacht werden; dazu noch das Gehässige: „Jetzt schaffen wir erst nichts mehr, macht eure Spulen selbst.“ Sogar mit nicht wiederzugebenden Worten wurden Weber beleidigt. War es da ein Wunder, wenn Weber es vorzogen, lieber zu Hause zu bleiben, als so eine Hejzagd mitzumachen.“

Der Umstand, daß am ersten Streiktag die rot organisierten Weber noch mit Spulen versehen waren, die unorganisierten aber feiern mußten, erhöhte die Entrüstung und veranlaßte die Weberinnen selbst zu Spulen mit der Parole: Nun keine Spule einem rot organisierten. Das war der Erfolg, den die Spulerrinnen durch ihr provokatorisches Verhalten den Unorganisierten gegenüber erreicht hatten. Sie hatten sich ins eigene Fleisch geschnitten. Bemerkenswert sei noch, daß die bei uns organisierten Weberinnen die Berrichtung von Streikarbeit verweigerten und — arbeitslos geworden — die statutgemäße Streikunterstützung bezogen. Und dies — trotzdem der sozialdemokratische Verband unsere Organisationsleitung mit keinem Wort über die Bewegung verständigte hatte.

Am 17. August traten die Spulerrinnen und Kollerinnen in Streik und am 29. kündigten die Unternehmer die Aussperrung an. Von der Aussperrung sollten nicht betroffen werden all jene Arbeiter, die unterschriftlich versicherten, „dem Verband „deutscher“ Textilarbeiter weder derzeit anzugehören, noch ihm seit 1. Januar 1912 angehört zu haben.“ Nun unternahm der örtliche Streikrat des „deutschen“ Verbandes, der Sozialbeamte Majuthe, eine Glanzleistung. Er forderte seine Mitglieder auf, obige unterschriftliche Versicherung ruhig abzugeben, also ihre Verbandszugehörigkeit zu verleugnen. Wörtlich schrieb er im sozialdemokratischen Parteiblatt: „... wenn die Herren wollen, daß die Arbeiterchaft heucheln soll, gut dann heucheln wir...“ Die dem sozialdemokratischen Verband nicht angehörenden Arbeiter und Arbeiterinnen hatten nun erst recht keine Berarlassung, sich aussperrern zu lassen. Sie dachten auch nicht daran. Die unorganisierten Arbeiter der Firma Bus u. Söhne hatten schon in ihrer bereits erwähnten Erklärung betont:

„Wir fragen alle Arbeiter, auch anderer Branchen, ob sie alles ruhig hinnehmen würden, ob sie sich ohne alles weitere von so etlichen radikalen Hebern existenzlos machen lassen würden? ... Glauben die Leiter derartiger Politik wohl, alles müsse nach ihrer Gewaltpolitik gehen? Wir sagen nein! Wir machen nicht jeden Ansturm mit; wir haben zu solchen Führern das Vertrauen verloren. Solche Fräulein zeitigt ja nur eine Schmei der Radikalität hier und in Stuttgart. Die Rute, die uns schlägt und schlagen will, sollen wir noch fassen? Nein und nochmals nein! Arbeiter beginnt endlich, ehe so viele taugende Familien ins Elend kommen.“

Ein früheres Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes und Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereines von Groß-Eisingen schrieb den sozialdemokratischen Verbandsgrößen folgendes ins Stammbuch:

Wir (die Unorganisierten) sollen heute noch die Arbeit verlasen, während man den Organisierten nahelegt, über ihr Verhalten zur Organisation die Unwahrheit zu sagen und weiterzuarbeiten. Das ist doch der Gipfel des Unrechts. Und das Bild von heute: Weber streiken

und ihre Männer gehen zur Arbeit und machen die Streikbrecher. Die Folge davon ist Streit und Händel in den eigenen Familien. Da wäre es doch besser, der Streik würde sobald wie möglich beigelegt. ... Nach dem Streit werden wir noch ein Wörtchen miteinander reden und zeigen, wo die wahren Arbeiterzerpflitterer sind und warum wir uns weigern, uns von solchen Seiten (den sozialdemokratischen Führern, d. R.) am Gängelbände führen zu lassen.“

Zu beachten ist, daß diese unorganisierten Opponenten des „deutschen“ Verbandes ihrer Gesinnung nach wohl vorwiegend Sozialisten sind. Das geht aus all den Äußerungen hervor. Lediglich die unehrliche und gewissenlose Taktik der radikalen Partei- und Gewerkschaftsführer hatte sie in diese Oppositionsstellung getrieben. Angesichts einer solch verfahrenen Situation wären unsere Mitglieder ja richtige Esel gewesen, wenn sie sich dem sozialdemokratischen Verbands zuliebe hätten aussperrern lassen, zumal sie sich in geringer Minorität befanden und bezüglich der ganzen Bewegung nicht befragt worden waren. Dazu kam, daß auch der sozialdemokratische Fabrikarbeiterverband seine bei den Firmen Merkel und Kleinlein in Eßlingen und in der Heidenheimer Kattunmanufaktur beschäftigten Mitglieder ebenfalls ruhig weiterarbeiten ließ. Auch er schien also ein Haar in der Butter gefunden zu haben. Damit war die Stellungnahme unserer Mitglieder gegeben.

Der deutsche Verband hätte nun am klügsten getan, den Kampf abzubrechen. Wie schrieb doch der „Textilarbeiter“ in seiner Nr. 19 Jahrg. 1907:

„Um eine Aussperrung aufnehmen zu können, muß die Organisation der Textilarbeiter eben erst so weit fortgeschritten sein, daß, wenn die organisierten Arbeiter aussperrt werden, die Betriebe zum Stillstand kommen oder nur mit einer so geringen Arbeiterzahl arbeiten, daß der Betriebsverlust den Arbeitern als Prejensionsmittel dient.“

Würde der deutsche Verband nach dem Grundsatze gehandelt haben, es wäre ihm eine schwere Niederlage erspart geblieben. Er aber nahm den Kampf auf. Er nahm ihn auf, trotzdem eine so große Zahl der Arbeiter die von den Unternehmern verlangte Erklärung unterzeichnet hatte, daß die Betriebe ausnahmslos weiterarbeiten könnten. In einzelnen Firmen waren es bis zu 60 Prozent der Arbeiter, die von der Aussperrung nicht betroffen wurden. Am größten war die Zahl der Weiterarbeitenden bei der Firma Bus u. Söhne, dem Ausgangspunkt der Bewegung. Von den nahezu 2000 in Göttingen und der nächsten Umgebung beschäftigten Textilarbeitern wurden nur etwa 5-600 von der Aussperrung betroffen. Jeder einsichtige Gewerkschaftler konnte daran schon die Unsichtbarkeit des Kampfes erkennen.

Angesichts dessen war das Verhalten des „deutschen“ Verbandes geradezu unverständlich. Selbst dem dortigen Beamten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes stiegen Bedenken auf. In einem Zirkular an einige seiner Mitglieder schrieb er: „Ich will mich über die Frage der Zweckmäßigkeit des Vorgehens (des „deutschen“ Verbandes, d. R.) nicht äußern und gebe Ihnen zu, daß man verschiedener Meinung sein kann...“ Das besagt genug. Noch unverständlicher ist die Taktik des deutschen Verbandes, wenn man berücksichtigt, daß er schon 1907 und noch im Frühjahr 1912 Bewegungen mit einem Teilerfolg abbrach, obschon diese weit aussichtsvoller und die verbleibenden Restforderungen mit Rücksicht auf die beteiligte Arbeiterzahl einen größeren Kampf weit eher wert waren. Eine Erklärung für diese Taktik findet man nur in den bereits erwähnten Gründen parteitaktischer und agitatorischer Natur.

Interessant ist auch die Erziehungsmethode, die der deutsche Verband anwandte, um die streikenden Mitglieder in Stimmung zu halten und sie über die verfahrenen Situation hinwegzutäuschen. Wir haben jeinerzeit wie folgt darüber berichtet:

„In einer Streikversammlung erklärte der Leiter Gohls, er wolle sich kurz lassen, er habe noch einen Herrn aus Stuttgart mitgebracht, welcher noch etwas vortragen wolle. Dieser Herr entpuppte sich dann als ein Komiker, der zur Unterhaltung der Streikenden gekommen war. Auf allen Einladungen zu den Streikversammlungen prangten in Fettdruck die Worte: „Rachher Musik mit Tanz.“ Streik und Aussperrung wurden eingeleitet mit Musik und Tanz, die Niederlage wurde mit Musik und Tanz gefeiert.“

Und die Niederlage war eine gründliche. Nach 14wöchiger Dauer mußte der Kampf resultatlos abgebrochen werden. Die Spulerrinnen und Kollerinnen der Firma Bus u. Söhne erhielten lediglich die ihnen schon vor dem Streik zugebilligten 3 Prozent Lohnerhöhung. Eine Anzahl von ihnen blieben auf der Straße. Das war das traurige Ende dieser mit so großem Phrasenschwall eingeleiteten Bewegung.

(Schluß folgt.)

### Lohnlarise in Futeweberereien.

II.

g. Einen guten Anfang mit tarifierten Lohnverhältnissen in den Futeweberereien haben unsere Kollegen in Emsbetten gemacht. Bisher wurden bei vier Firmen mit ca. 250 Webstühlen die Lohnsätze für Futewebe nach untenstehendem Tarif geregelt, während bei einer weiteren Firma eine diesbezügliche Bewegung noch im Gange ist. Sämtliche Firmen gehören dem Verbands münsterländischer Textilindustriellen nicht an. Mitglied des Futewerbandes ist aber eine Firma.

Der Tarif sieht so aus:

15 Schuß auf 10 cm	60 Pf.	43 Schuß auf 10 cm	157 Pf.
16 " " " "	64 " "	44 " " " "	160 " "
17 " " " "	67 " "	45 " " " "	163 " "
18 " " " "	70 " "	46 " " " "	167 " "
19 " " " "	74 " "	47 " " " "	170 " "
20 " " " "	77 " "	48 " " " "	174 " "
21 " " " "	81 " "	49 " " " "	178 " "
22 " " " "	85 " "	50 " " " "	181 " "
23 " " " "	88 " "	51 " " " "	184 " "
24 " " " "	91 " "	52 " " " "	188 " "
25 " " " "	95 " "	53 " " " "	191 " "
26 " " " "	98 " "	54 " " " "	194 " "
27 " " " "	101 " "	55 " " " "	198 " "
28 " " " "	105 " "	56 " " " "	201 " "
29 " " " "	108 " "	57 " " " "	205 " "
30 " " " "	112 " "	58 " " " "	209 " "
31 " " " "	116 " "	59 " " " "	212 " "
32 " " " "	119 " "	60 " " " "	215 " "
33 " " " "	122 " "	61 " " " "	219 " "
34 " " " "	126 " "	62 " " " "	222 " "
35 " " " "	129 " "	63 " " " "	225 " "
36 " " " "	132 " "	64 " " " "	229 " "
37 " " " "	136 " "	65 " " " "	232 " "
38 " " " "	139 " "	66 " " " "	236 " "
39 " " " "	143 " "	67 " " " "	240 " "
40 " " " "	147 " "	68 " " " "	243 " "
41 " " " "	150 " "	69 " " " "	246 " "
42 " " " "	153 " "	70 " " " "	250 " "

Vorstehende Löhne verstehen sich für 8er Geschirr, 100 Meter geschichtete Stücklänge, Warenbreite 100 Zentimeter bei Einschlaggarne Nr. 6 und feiner.

Andere Geschirrnummern werden wie folgt entlohnt: Jede halbe Geschirrnnummer niedriger 1 Pf. weniger, jede halbe Geschirrnnummer höher bis 10er Geschirr 3 Pfg. mehr. Ueber 10er Geschirr bis 12er bei 1/2 S Garne 3 Pfg. mehr pro halbe Geschirrnnummer. Bei SS Garne 2 Pfg. pro halbe Geschirrnnummer. Ueber 12er Geschirr bei S Garne 4 Pf., bei SS Garne 3 Pf. pro halbe Geschirrnnummer.

Unter S Garn versteht man bei Fute ein gewöhnliches, mittelgutes, in der Regel am meisten zur Verwendung kommendes Garn. SS ist eine besonders gute (prima) Garnqualität. OS dagegen ist eine minder gute Qualität. Letztere wird in der Regel nur zu Schußgarn verwendet.

Für größere Cops werden folgende Zulagen gewährt:

5er Cops f. jede angefang.	10 Schuß auf 10 cm	1 Pf. mehr pr. Stück
4er " " " "	5 " " " "	1 " " " "
2er " " " "	5 " " " "	6 " " " "

Doppelkette bis 6er Geschirr 20 Pf. mehr, über 6er bis 8er 25 Pfg. mehr, über 8er 30 Pfg. mehr.

Alle bis jetzt genannten Abzüge und Zulagen verstehen sich bei 100 Zentimeter Warenbreite.

Andere Breiten werden wie folgt berechnet: Jedes Zentimeter breiter oder schmaler 1/100 des Grundlohnes mehr oder weniger. Als Grundlohn gilt der Lohn für 100 Zentimeter Warenbreite einschließlich aller Zulagen und Abzüge.

Für karierte Waren werden pro Stück folgende Zulagen gewährt: Bei einem Wechselschützen 40 Pf., bei 2 Schützen 50 Pf. und bei 3 Schützen 60 Pf.

Für schlichte Waren auf Wechselschützen wurden 5 Prozent Vergütung gezahlt. Spalten: Bis 30 Schuß mit 1 Spalte 10 Pf., 2 Spalten 15 Pf., über 30 Schuß mit 1 Spalte 12 Pf., 2 Spalten 20 Pf. mehr.

Streifenleinen: Für jede geschchnittene Spalte bis 25 Schuß auf 10 Zentimeter 4 Pf., für jede weitere 10 Schuß auf 10 Zentimeter 1 Pf. mehr pro Spalte, dieselben ungeschritten pro Spalte 1 Pf. weniger.

Wird auf Stühlen Ware gewebt, die mehr als 10 Zentimeter schmaler ist als die Stuhlbreite zuläßt, so wird der Lohn unter dieser Grenze nur um die Hälfte gekürzt. Z. B. 100 Zentimeter breite Ware auf einen Stuhl für 120 Zentimeter Ware wird wie 105 Zentimeter entlohnt.

Andrehen oder Anknöten pro 100 Faden 6 Pf.

Warten auf Material: Bei schmalen Stühlen pro Stuhl und Stunde 10 Pf., bei breiten pro Stuhl und Stunde 15 Pf. von der vierten Stunde an.

Zu diesem Tarife sei zunächst folgendes bemerkt: Gewebe mit mehr als zweifachfacher Bindung sowie etwa in vielen Betrieben vorkommende Spezialgewebe sind durch den Tarif noch nicht geregelt, doch ist eine Berücksichtigung derselben bei dem Tarif leicht möglich. Bemerkenswert sei noch, daß in den Tarifbetrieben im allgemeinen das Zweifachsystem besteht, und gilt der Tarif auch für dieses System. Bei einem Stuhl wurde außer Tarif in vielen Fällen eine mäßige Zulage gewährt.

Der Wortlaut der Tarife ist nicht in allen Betrieben gleich und nicht genau so wie der obige. Die Sache war für Arbeitgeber und Arbeiter noch ziemlich neu. Zudem hatte jeder Betrieb in der Lohnfestsetzung seine Eigenarten, die sich nicht auf einmal beseitigen ließen. Die Abweichungen sind aber nur geringfügiger Natur.

### Der Notstand im Wuppertaler Bandwirmkergerwerbe.

Ueber diesen Gegenstand schreibt Dr. Friz Kothe-Elberfeld einen langeren Aufsatz in der "Frankfurter Zeitung" (Nr. 68/1913). Ohne uns die Darlegungen des Verfassers in allen Punkten zu eigen zu machen, bringen wir dieselben hier zum Ausdruck, weil sie das Interesse unserer Leser beanspruchen können.

#### 1. Die Mode und ihre Einwirkung auf die Bandwirmkererei.

Das durch die Schwesterstädte Elberfeld und Barmen eng ausgefüllte Tal der Wupper weist von alters her ein eigenartiges Gewerbe auf: die Bänder-, Korb- und Ligenindustrie. Während die Industrie Barmens fast ausschließlich eine Kleinbesatzindustrie mannigfacher Art, d. h. Besatz-, Spitzen-, Besatzindustrie und Schnürriemenindustrie (Niemendreherei) ist, zeigt Elberfeld neben einer sich immer erfolgreicher ausdehnenden Konfektionsindustrie für Herren- und Damengarderobe, Wäsche, Schürzen usw. seit irdentlichen Zeiten eine bedeutende Industrie in einfachen glatten, baumwollenen, wollenen, mit Halbseide gemischten, weniger leinenen und gemusterten Bändern. In Elberfeld und einzelnen anderen größeren Ortschaften im Bergischen werden diese Bänder in Fabriken oder auch in kleineren Sheds gewebt, dagegen herrscht außerhalb, so in den Bandwebereien Rosdorf, Katernberg, Dönberg, Nebiges, Langerberg das hausindustrielle Bandwirmkermeister-system vor. Anfang bis Mitte vorigen Jahrhunderts gab es fast ausschließlich diese Kleinwerbliche Betriebsart. Auf mechanischen oder vielfach nur auf Handwebstühlen wurden die Bänder vom Bandwirmkermeister hergestellt, den vielfach ein Bandwirmkergehilfe oder auch seine Frau oder sein Kind, dessen zarte Hände zum Anknüpfen des gebrochenen Garns besonders geeignet sind, bei der Bedienung des Bandstuhls unterstützten. Allmählich gingen größere Unternehmer aber dazu über, Stapelartikel, vor allem einfache glatte Bänder, in Fabrikbetrieben (Sheds) herzustellen, dagegen Robebänder - Nouveautés - durch Bandwirmkermeister anfertigen zu lassen. Aus Rentabilitätsgründen wurde so die Bandwirmkererei immer mehr fabrikmäßig. Allerdings in Zeiten außerordentlichen Anschwellens der Nachfrage macht es in der Rentabilität keinen Unterschied, ob auf Fabrikstühlen oder auf mechanischen, ja vielfach noch auf Handwebstühlen die Bänder gewirkt werden.

Wie in solchen Zeiten das Bandwirmkerergewerbe seinen Mann sehr gut ernährt, so bedeutet ein Nachlassen der Nachfrage nach Bandartikeln für die betroffenen Bandwirmkerer unmittelbare Arbeitslosigkeit und daher häufig großes Elend. Wenn nun aber die Ursachen der unzureichenden Nachfrage oder ihres gänzlichen Ausbleibens so tief begründet erscheinen, daß sie sehr schwer oder überhaupt nicht unterdrückt werden können, kann schließlich von einer Krise in diesem Gewerbe geredet werden.

Das ist nun tatsächlich heute in der Bandindustrie allgemein, und was das Gewerbe der selbständigen Bandwirmkermeister angeht, im besonderen der Fall. Die Ungunst der Mode macht sich nun schon seit einigen Jahren in einer ganz niederdrückenden Weise fühlbar. Die vor einiger Zeit in Aussicht gestellte neue Gürtelmode ist nicht eingetroffen, vielmehr blieben Niederröcke ohne Gürtelabschluß allein beliebt. Die Mode der glatten besetzten, engen Röcke bedeutet einen gewaltigen Schaden auch für die Unterrockstoffwebereien und die Unterrockkonfektion insofern, als zur Hervorhebung der Körperlinien Unterrocke weit weniger, vielfach gar nicht mehr getragen werden. Das bedeutet gleichzeitig aber auch einen großen Schaden für die Band- und Ligenindustrie, da die zum Puß der Unterrocke beliebten seidenen, halbseidenen und gemusterten Bänder und Ligen weit weniger begehrt werden. Das infolge der engen Rodmode nicht mehr ertrage und vielfach auch nicht mehr mögliche "Raffen" der Röcke veranlaßt die Damen zu weit geringerer Aufmerksamkeit auf die Ausstattung ihrer Unterrocke mit Bandbesätzen usw. Die Damenhüte, abgesehen von Kinder- und Badhütchen, werden nicht mehr mit dem früher so beliebten Seidentaffetband, sondern mit Spitzen, Federn und Pleurenen gepußt. Die auch bei den Damen beliebter werdende Mode der Panamahüte bringt mit den von ihr bezugten schmalen Hutbändern keinen nennenswerten Ertrag für den Ausfall.

Von dieser Ungunst der Mode werden in allererster Linie und besonders hart die selbständigen Bandwirmkermeister betroffen. Allerdings sind infolge der ungünstigen Mode auch die Geschäftsergebnisse der Bandfabriken vielfach in dem letzten Jahre gegenüber denen früherer Jahre als geradezu kläglich zu bezeichnen. In der Hauptsache aber bleibt das Risiko des Abzuges an Modeartikeln aus technischen Gründen heute fast ganz auf den Schultern der hausindustriellen Bandwirmker liegen. Das schon seit einigen Jahren dauernde gänzliche Aussetzen einer Damenbandmode hat denn auch dazu geführt, daß hier eine starke Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Nur der Umstand, daß die eigenartige Bandindustrie örtlich auf das so enge Gebiet des Wuppertales und einen kleinen Teil des Bergischen Landes beschränkt ist, hat zur Folge, daß der Notstand allgemein so wenig bekannt geworden ist. Aber viele, in mehreren kleineren Ortschaften über die Hälfte der vorhandenen Bandstühle, stehen nun schon seit langem außer Betrieb, und in den Fabriken wird mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Anzuerkennen ist jedenfalls, daß die Fabrikanten des Wuppertals, deren tiefes, auf christlicher Grundlage beruhendes soziales Verständnis weithin bekannt ist, bemüht sind, ihre Hausarbeiter an den Aufträgen, die ihnen zugehen, teilnehmen zu lassen, soweit sie dazu nur in der Lage sind. Durch Einschränkung der Arbeitszeit in den

Fabriken und Ueberweisung eines Teils der Aufträge auch von Artikeln, die nicht gerade Robeartikel sind, suchen die Fabrikanten eine völlige Arbeitslosigkeit von ihren Hausarbeitern fernzuhalten. Etwas gemildert wird die Not der Heimarbeiterinnen dadurch, daß diese in den ländlichen Gegenden meistens eine kleine Landwirtschaft im Nebenberufe zu betreiben pflegen. Jedoch in den Städten und deren Außenbezirken pocht die Not um so stärker an die Tür der Bandwirmkerfamilien.

Wenn nicht die Tradition die Nachkommen der Bandwirmkermeister immer wieder freudig dem Berufe ihres Vaters zuführen, demnach das psychologische Moment hier bei einem gebotenen Berufsübergang einen hemmenden Faktor bedeuten würde, und wenn andererseits nicht in der Aufgabe des Berufes die wenigstens teilweise Preisgabe des im Bandstuhl investierten Anlagkapitals läge, so könnte die allerschwerste Not durch den Uebergang beschäftigungslos gewordener Bandwirmker in andere Berufe äußerlich wohl gelindert werden, zumal die Elberfelder Herren- und Damentonfektion dauernd nach gelernten Arbeitskräften verlangt. Dann fänden zahlreiche Bandwirmkermeister und -Gesellen in einem neuen Berufe wenigstens ausreichend Arbeit und Brot. Aber das Einschrumpfen oder teilweise Aufgehen eines Berufes, der bis zu einem gewissen Grade selbständig und mittelständlerisch genannt werden kann, bliebe trotzdem sehr zu beklagen.

### Die Gewerbeinspektion im Lichte Bernhard'scher Kritik.

Unter den sozialen Maßnahmen und Einrichtungen, die in der famosen Tendenzschrift "Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik" von Professor Bernhard, Berlin mit seiner eigenartigen, herabsetzenden Kritik "beehrt" werden, befindet sich u. a. auch die im Interesse der Durchführung unserer sozialen Gesetzgebung so wichtige Gewerbeaufsicht. Herr Bernhard erkennt die Notwendigkeit einer besonderen Gewerbeaufsicht zwar offen an und führt mancherlei aus, das zum Lobe der deutschen Gewerbeinspektion gesagt zu sein scheint, wiewohl andere Wendungen wieder bedenklich machen können. So z. B., als er scharf kritisierte, das familiäre preussische Gewerbeinspektoren eine Untersuchung darüber anstellen, ob die Arbeiter morgens vor Beginn der Arbeitszeit schon geschlafen haben.

"Das Ergebnis der Untersuchung", so fährt Bernhard bedeutungsvoll fort, war nicht ganz klar, weil die Arbeiter - "oft wohl aus falscher Scham", wie ein Gewerberat bemerkt - ein solches Eindringen in ihre Privatangelegenheiten "ungern sehen" und "sich scheuen, andern einen Einblick in ihre häuslichen Verhältnisse zu gewähren". Die befragten Wirmkermeister "lehnten es nicht selten ab, Auskunft zu geben, mit der Begründung, daß sie es nicht für ratsam hielten, sich in derartige persönliche Angelegenheiten ihrer Leute einzumischen". Es mag unerörtert bleiben - so schließt Herr Bernhard weiter - ob es wirklich ein sozialer Fortschritt wäre, wenn die Arbeiter die "falsche Scham" ablegten und sich ausführlich darüber äußerten, inwiefern es "bei den Verheirateten hier auf die Frau ankomme". Jedenfalls läßt die Umfrage den kontrollierenden Eifer der preussischen Gewerbeberäte gut erkennen". (S. 17.)

In dem letzten (von uns gesperrten) Satz liegt", so schreibt Professor Dr. Hise, Münster in einer eingehenden Kritik der Bernhard'schen Ausführungen in der Nummer 5 vom 4. März des "Zentralblattes", der Zweck der ganzen Darstellung. Die Tendenz ist klar. Es soll der "Uebereifer" der Beamten recht augenfällig gekennzeichnet werden. "Selbst die Arbeiter lassen sie nicht in Ruhe", so wird der Laie sich sagen: Wie wird's da erst den Arbeitgebern ergehen? Und nun dieses Eindringen selbst in die "innersten Familienangelegenheiten"! "Die Herren sollen die Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetze überwachen. Was geht sie denn das Frühstück der Arbeiter an!" "So und ähnlich wird der gläubige Leser Bernhards ausrufen.

Zur Kritik der Bernhard'schen Glossen selbst übergehend, bemerkt Professor Hise weiter: Die Frage der Frühstückspause wird behandelt in dem Kapitel IV der regelmäßigen Berichterstattung: "Wirtschaftliche und sittliche Zustände der Arbeiterbevölkerung; Wohlfahrts Einrichtungen; Verschiedenes." Will Herr Bernhard vielleicht dieses Kapitel, das ja streng genommen über den Rahmen der "gesetzlichen" Aufgaben hinausgeht, überhaupt aus den Berichten verschwinden lassen? - Dann wird er wohl - unter allen Männern der Theorie wie der Praxis, die sich überhaupt mit den sozialen Problemen unserer Arbeiterwelt beschäftigen, allein dastehen. Oder will Herr Bernhard leugnen, daß die Berichte über die Frühstückfrage in der Tat einen tiefen Einblick in die wirtschaftlichen und sozialen Zustände unseres Arbeiterstandes gewähren, daß mit einer befriedigenden Lösung derselben auch Gesundheit und Lebenskraft unserer Arbeiterbevölkerung innig zusammenhängen und daß endlich mit Klärung dieser Verhältnisse auch für die Fabrik und gemeinnützige Wohlfahrtspflege denkbare Wege der Betätigung sich ergeben? In allen diesen Richtungen haben auch die Berichte ihren Zweck durchaus erreicht. Die Ergebnisse der Untersuchung waren, soweit sie diesen dienen sollten, durchaus klar. Ihre Durchführung ist auch ohne wesentliche Schwierigkeiten erfolgt. Gewiss ist richtig, daß die Arbeiter im allgemeinen ein solches Eindringen in ihre Privatangelegenheiten "ungern sehen" und "sich scheuen", andern einen Einblick in ihre Verhältnisse zu gewähren. Noch mehr begreifen wir eine solche Zurückhaltung gegenüber dem Wirmkermeister und halten auch wir es nicht immer für eine "falsche Scham", wenn Arbeiter sich weigern, solche Auskunft zu geben. Es kommt eben alles darauf an, wer die Fragen stellt und welchem Zwecke sie dienen sollen. Nach diesen beiden Richtungen muß erst die nötige Klarheit und das volle Vertrauen gewonnen sein. Ob die Gewerbeinspektoren immer den rechten Weg eingeschlagen haben, ist aus den Berichten nicht zu ersehen, aber daß sie etwas ungeschickt und taktlos oder gar ohne Schonung des berechtigten Ehr- und Schamgefühls vorgegangen seien, dafür hat Herr Bernhard auch nicht den geringsten Beweis erbracht. Auch der Gewerberat, den Herr Bernhard speziell anführt, spricht nur davon, daß die Arbeiter "oft wohl aus falschem Schamgefühl" so zurückhaltend gewesen seien, womit doch zugegeben ist, daß es auch Fälle berechtigter Zurückhaltung

geben kann. Es ist deshalb ungerecht, wenn Herr Bernhard auf Grund dieses Satzes die Frage: ob es wirklich ein sozialer Fortschritt wäre, wenn die Arbeiter die (!) "falsche Scham" ablegten, aufwirft - wenn auch in der verschleierte Form, daß er sie "unerörtert lassen will".

Professor Hise bringt dann im einzelnen den Nachweis der Berechtigung und Bedeutung der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und schließt: "Was aber die Hauptsache ist: Würde Herr Bernhard aus den Hunderten von Gründen der deutschen Fabrikinspektoren wirklich nichts Besseres - oder auch: nichts Schlimmeres? - zur Würdigung der deutschen Gewerbeinspektion beizubringen, als diese Frühstückfrage? Und wenn er die Institution selbst für notwendig erklärt: glaubt er mit solcher hämischen Kritik, die zudem ganz ungerecht ist, die Berufsfreudigkeit der Beamten, ihre Vertrauensstellung bei Arbeitgebern und Arbeitern zu stärken und zu heben? Dabei nehmen wir zu Ehren Bernhards noch an, daß es ihm unbekannt war, daß die Gewerbeinspektoren nur gemäß Anweisung des Herrn Handelsministers handelten - sonst würde der schärfste Ausdruck nicht genügen, um sein Verhalten richtig zu kennzeichnen." Gleichwohl trifft angeichts dieser Sachlage der Hohn und Spott Professor Bernhards, der den Gewerbeaufsichtsbeamten gelten sollte, indirekt wenigstens auch den preussischen Handelsminister.

### Allgemeine Rundschau.

Sin Bischof für die christlichen Gewerkschaften. Der Diözesanverband der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine der Erzdiözese München hielt am 3. März eine Präsidienkonferenz ab. An der Konferenz nahm auch der Erzbischof der Diözese, Se. Excellenz von Bettinger, teil. Er lobte die rührige Arbeit der Präsidien der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine. Ferner wies er auf die große Bedeutung der christlichen Gewerkschaften hin. Er empfahl den Arbeitern den Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften und den Präsidien die nachdrückliche Förderung derselben.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter konnte sich im vergangenen Jahre einer schönen Aufwärtsentwicklung erfreuen.

Die Mitgliederzahl hob sich um 1011 und stieg damit auf 17459. Bei einem Vergleich mit den Vorjahren ergibt sich, daß das Jahr 1912 für den christlichen Holzarbeiterverband ein normales war; nicht hatte er den sprunghaften Fortschritt zu verzeichnen, wie in den Jahren 1910-11, die infolge besonders guter Konjunkturbedingungen für unseren Bundesverband Jahre erheblichen Gewinnes waren. Über sein anhaltendes Aufsteigen während der ganzen Dauer des vergangenen Jahres zeigt doch, daß er auf durchaus gesunder Grundlage ruht und dauernd eine große Werbekraft auf die christlichen Holzarbeiter auszuüben vermag. Zwar hat auch der Zentralverband christlicher Holzarbeiter über Mitgliederfluktuation zu klagen und er wendet den Blick seiner Zahlstellenleitungen namentlich auf dieses Uebel, das sich in den gewerkschaftlichen Organisationen aller Berufe und Richtungen mehr oder minder stark zeigt.

Sehr günstig sieht der Verband hinsichtlich seiner Kasienverhältnisse. Einschließlich des Bestandes vom Vorjahre betrug die Verbands einnahme 1.126.945,95 Mark; die Ausgaben erreichten die Höhe von 384.579,31 Mark. Rund die Hälfte der Summe nahmen die Unterstützungsanstalten in Anspruch und zwar vornehmlich die Erweit- und die Krankenunterstützung.

Bzüglich seiner Vermögensverhältnisse steht der Zentralverband christlicher Holzarbeiter mit an der Spitze sämtlicher christlichen Berufsorganisationen. Er ist die finanzkräftigste Holzarbeiterorganisation Deutschlands. Es heißt über diesen Gegenstand in der Uebersicht, die der "Holzarbeiter" in Nr. 9 gibt: "Von jeher ist es das Bestreben der Verbandsleitung gewesen, gute Kasienverhältnisse zu schaffen. Die Ansammlung eines ansehnlichen Vermögens ist dann ja auch für eine gewerkschaftliche Organisation eine unbedingte Notwendigkeit. Wer nichts hat, der wird auch nicht respektiert. Mit einem Verbands, der keinen ansehnlichen Kassenschatz besitzt, spielen die Arbeitgeber und ihre Verbände Rache und Mauth. Ähnlich, wie in den Vorjahren, war es dem Verbande auch im Jahre 1912 möglich, eine ansehnliche Summe auf die "hohe Kante" zu legen. Ueber 173.000 Mark wurden erübrigt. Damit stieg das Verbandsvermögen auf 743.266,64 Mark. Hauptkassen und Lokalkassen sind in der gleich glücklichen Lage, gute Bestände für eventuelle Vorgänge zu haben. Die Hauptkasse beziffert ihr Vermögen auf 614.330,32 Mark, während die Lokalkassen einen Vermögensbestand von 128.936,22 M. aufweisen. Das Kopfervermögen des Verbandes beläuft sich so auf 42,57 M., ein Betrag, der in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nur vom Guttenbergbund erreicht wird. Ebenso dürfte unser Verband nach wie vor die finanzkräftigste Holzarbeiterorganisation in Deutschland sein."

Wir wünschen unserem Bruderverbände eine fernere glückliche Entwicklung.

Fehl geschossen! Als Zentrumsorganisation bezeichnet der sozialdemokratische "Textilarbeiter" unsere Organisation. Warum? Wir sollen für eine Zentrumsversammlung Propaganda gemacht haben. In Wirklichkeit liegen die Dinge so: Unsere Bamberger Ortsgruppe hatte auf Mittwoch, den 26. Februar, abends 1/8 Uhr eine Versammlung in Gausstadt einberufen. In dieser sollte der Abgeordnete Dr. Schlittbauer über die Reichsversammlung vorbereden sprechen. Die Versammlung war im Versammlungskalender der "Textilarbeiter-Zeitung" bekannt gemacht. In den letzten Tagen vor der Ver-

Jammlung nun wieder die Ortsgruppenleitung ersucht, auf die Veranstaltung dieser Versammlung in dem betreffenden Lokal zu verzichten. Der Saal solle für diesen Abend dem Zentrumswahlverein überlassen werden, weil dieser infolge des Ablebens des Reichstagsabgeordneten Dr. Schäbler die Wahlvorbereitungen treffen müsse, was angesichts der Kürze der Zeit sofort zu geschehen habe. Unsere Ortsgruppenleitung bestellte daraufhin die Versammlung wie auch den Referenten ab. Die Versammlungsanzeige im Versammlungskalender aber war bereits gedruckt und konnte nicht mehr verhindert werden. Dies der Sachverhalt. Von „Zentrumsgewerkschaften“ kann angesichts dessen gar keine Rede sein.

**Textilarbeiterlöhne.** Eine zuverlässige Darstellung über die Textilarbeiterlöhne und ihre Steigerung besitzen wir nicht. Trotz aller Mahnungen und alles Drängens hat in den Arbeiterberufsgewerkschaften der Textilindustrie die Lohnstatistik nur erst ganz unvollkommen durchgeführt werden können. Die Deffektivität ist meistens angewiesen, auf die Berichte der Berufsgenossenschaften, die jedesmal Angaben über den Durchschnittslohn des Sollarbeiters machen. Auch die Angaben geben ein ungenaues Bild. Sie geben vielfach nur einen Reichsdurchschnitt. Ferner sind Beamte und jugendliche Arbeiter mit eingerechnet. Das macht das Bild natürlich unklar. Immerhin bieten uns diese Berichte eine kleine Handhabe, um die Höhe des in der Textilindustrie verdienten Lohnes und seine Steigerung zu messen. Eine Uebersicht über die Löhne in den einzelnen Textilberufsgenossenschaften ergibt folgendes:

	1896	1911	absolute Zunahme	%
Rhein.-westf. Berufsgensch.	705	927	222	31,4
Norddeutsche "	635	863	228	35,9
Sächsische "	590	791	201	34,0
Schlesische "	461	627	166	36,0
Esslische "	645	778	133	20,6
Süddeutsche "	603	714	111	18,4
Leinen "	604	835	231	38,2
Seiden "	694	911	205	31,3

Während die Lohnsteigerung sich in den einzelnen Bezirken ziemlich gleich hält, bleibt sie in dem der Süd- und Westdeutschen und der Esslischen Textilberufsgenossenschaft sehr weit zurück. Für die Arbeiter sollte das ein Anlaß sein, ihre gewerkschaftlichen Organisationsverhältnisse gründlich zu prüfen. Ferner zeigt uns diese Uebersicht wieder den schlechten Stand der Löhne in den Domanen des „deutschen“ Verbandes. Auch die Lohnsteigerung ist in Sachsen nicht unerheblich hinter Rheinland-Westfalen zurückgeblieben. Wenn in Sachsen die prozentuale Steigerung höher ist, so will

das nichts besagen, denn es ist natürlich, daß bei dem niedrigen Stand des Lohnes in Sachsen der Prozentsatz der Steigerung höher kommt. Dasselbe ist beispielsweise in Schlesien der Fall. Wirklich in Betracht kommt, was die Arbeiter an Lohnerrhöhung tatsächlich erlangt haben und da steht Sachsen erst an fünfter Stelle.

Wenn wir die Steigerung der Textilarbeiterlöhne vergleichen wollen mit der Steigerung der Preise für Lebensmittel und andere Bedarfsartikel, so würde dieser Vergleich wohl mit einem Manko für die Arbeiterlöhne ausfallen. Im allgemeinen sind die Preise für Miete, Schuhe, Kleidung, Lebensmittel und andere Verbrauchsartikel seit 1896 stärker gestiegen als die Löhne nach obiger Tabelle. Da ergäbe sich eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Textilarbeiter. Aber wir wollen diesen Vergleich nicht anstellen, weil die Lohnangaben der Berufsgenossenschaften unvollkommen sind. Aber den Schluß darf man doch ziehen, daß die Textilarbeiter längst nicht in dem Maße wie andere Berufsgruppen ihre Lebenshaltung verbessern konnten und daß die Lohnverhältnisse für sie noch außerordentlich viel zu wünschen übrig lassen. Sollte das nicht Anlaß genug sein, unermüdet an der Ausbreitung und Stärkung unseres christlichen Textilarbeiterverbandes zu arbeiten?

**Die Förderung der Baumwollkultur in unseren Kolonien.** Ueber diesen Gegenstand wurde am 8. März d. J. im Reichstage verhandelt. Zur Förderung der Baumwollkultur waren in den Etat eingestellt für Ostafrika 200 000 M. gegen 180 000 M. im Vorjahre, für Togo 75 000 M. gegen 65 000 M. im Vorjahre und endlich für Kamerun 90 000 M., das ist zusammen eine Summe von 365 000 M., die ausschließlich zur Förderung unseres kolonialen Baumwollbaues Verwendung finden soll.

In der Budgetkommission wurden diese Posten eingehend beraten und bei der Gelegenheit von den Rednern aller bürgerlichen Parteien, die zu Worte kamen, die Förderung des Baumwollbaues in unseren Kolonien für außerordentlich wichtig erklärt. Sämtliche Redner der bürgerlichen Parteien waren sich einig darin, daß die deutsch-koloniale Baumwollzucht eine Angelegenheit ist, die vom allgemein völkernwirtschaftlichen, nationalen und speziell vom Standpunkte der Textilindustrie und der Textilarbeiter aus gleich großes Interesse beanspruchen kann. Deutschland ist in seiner Hochbaumwollbeschaffung von Amerika abhängig. Für über 500 Mill. M. jährlich sind wir Amerika allein für Baumwolle tributpflichtig geworden. Jede Steigerung der Baumwolle um 10 Pfg. das Pfd. kostet Deutschland rund 70 Mill. Mark mehr. Die Baumwollspekulation amerikanischer Händler ist geradezu wüt. Schwere Krisen und starke Geschäftsschwankungen mit

all ihren nachteiligen Wirkungen für die Arbeiter sind die ständigen Folgen der gewissenlosen Manöver amerikanischer Baumwollspekulant.

Jeder halbwegs vernünftige Mensch muß sich da sagen, daß alle Bestrebungen unterläßt werden müssen, die geeignet sind, uns in der Baumwollbeschaffung unabhängig von Amerika zu machen. Nicht so die Sozialdemokraten im Reichstage. In der Budgetkommission hatten sich die bürgerlichen Parteien auf eine Entschließung geeinigt, die den Reichstanzler ersuchte, dem Reichstag einen Nachtragsetat vorzulegen, durch welchen der Kolonialverwaltung ein ausreichender Betrag zur Förderung der Baumwollkultur in den Schutzgebieten zur Verfügung gestellt wird.

Schon in der Kommission stimmten die Genossen, darunter auch Krätzig vom „deutschen“ Textilarbeiterverbande, gegen die Resolution. Als sie im Plenum zur Verhandlung kam, fiel wiederum dem Genossen Krätzig die Aufgabe zu, den ablehnenden Standpunkt seiner Fraktion zu verteidigen. Er tat das denn auch so schlecht, als es bei der schlechten Sache schlechter nicht möglich war. Er ließ sein Nicht besonders dadurch leuchten, daß er von einer Baumwollkultur in Südwestafrika sprach, worauf ihm unser Kollege Schiffer mit gutem Spott antwortete, daß es in Südwestafrika keine Baumwolle, wohl aber Schafe gebe. Krätzig vertieg sich soweit, daß Kolonialwirtschaftliche Komitee, das sich stets selbstlos und mit großem Eifer in den Dienst der Sache gestellt hat, anzugreifen und zu verdächtigen.

Von den Rednern aller bürgerlichen Parteien wurden die Verdächtigungen Krätzigs mit Entrüstung zurückgewiesen; Hagelbicht fausten die Hiebe auf diesen Unflüchtlingsherde nieder. Zuerst antwortete ihm unser Kollege Schiffer, der namentlich die dringende Notwendigkeit der Förderung der kolonialen Baumwollkultur betonte und die Stellung unseres Verbandes zu dieser Frage hervorhob. Das leichte Geschwätz des Genossen Krätzig führte er auf seinen wahren Wert zurück. Wir werden auf die ganze Angelegenheit ausführlich zurückkommen.

In dem Unterbunde, das Krätzig hervorbrachte, meinte er, es auch verurteilen zu müssen, daß Textilarbeiterorganisationen Gelder für solche Zwecke hergeben. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband tue das nicht. Seine Gelder würden nur hergegeben zum Schutze, der Existenz und des besseren Fortkommens der Textilarbeiter. Wir möchten Krätzig darauf antworten, daß die Gelder, die unser Verband für koloniale Baumwollzucht hergibt, hundertmal besser im Interesse der Textilarbeiter angelegt sind, als diejenigen, die der „deutsche“ Verband für die sozialdemokratische Partei opfert.

Unsere Mitglieder sehen an diesem Beispiel wieder, daß sich die Vertreter des „deutschen“ Verbandes nicht scheuen, einem verrückten Prinzip und der sozialdemokratischen Partei zuliebe die vitalsten Interessen der Textilarbeiter zu opfern.

### Offern.

Nun steigt das Osterwunder wieder  
Auf goldenen Schwingen erdenwärts,  
Die Lerche schmettert ihre Lieder  
Der Erde ins erstarre Herz.  
An schwarzen Aesten zarte Sprossen,  
Auf braunen Schollen Reischen blau,  
Von Wolkenfilber übergossen  
Gilt's Bächlein wieder durch die Au.  
Und was in kalten Winterbanden  
Geseffelt und gebunden lag,  
Ist selig lächelnd anferstanden  
Am sonnenhellen Oftertag.  
Nun in das jubelnde Frohlocken  
Der jungen grünen Frühlingspracht,  
Erklingen laut die Ofterlocken:  
„Erwacht, ihr Menschen all! Erwacht!“

### Was haben Eltern und Lehrmädchen beim Antritt des Lehrverhältnisses zu beachten?

Ein Beitrag zur Berufswahl unserer Mädchen.  
II.

In einem früheren Artikel ist bereits darauf hingewiesen worden, wie wichtig es ist, daß sich die Eltern (auch Vormünder) darüber erkundigen, ob diejenige Handwerkerin, zu der sie ihre Tochter (ihre Mädel) in die Lehre geben wollen, auch wirklich eine Befugnis zur Lehrausbildung besitzt. Sofern die Geschäftsinhaberin oder eine von dieser beschäftigte Person das Recht zur Anleitung von Lehrlingen hat, ist für das Lehrmädchen sichere Gewähr vorhanden, daß es später zur Gesellen- und Meisterprüfung zugelassen wird, was schließlich selbst später einmal Lehrlinge anleiten zu dürfen.

Um eines der weiblichen Handwerke zu erlernen, bedarf es einer bestimmten Lehrzeit. Die Dauer derselben wird von den zuständigen Handwerkskammern festgelegt. Die Lehrzeit darf nicht weniger als zwei Jahre betragen; sie kann aber auch, je nach dem Handwerk, auf vier Jahre ausgedehnt werden. Sollte es der Fall sein, daß ein Mädchen das Handwerk nur zum Handgebräuch erlernt (z. B. Nähen), so ist doch dringend zu raten, die ganze Lehrzeit und die vorgeschriebene Prüfung mitzumachen. Denn jedes Verlassen in dieser Richtung kann für das spätere Leben großen Schaden und damit bittere Reue bringen.

Gleich nach dem Eintritt des Mädchens in die Lehrstelle muß ein Arbeitsbuch besorgt werden. Die Lehrmeisterin hat darauf zu sehen, daß das Mädchen sich ein Arbeitsbuch ausstellen läßt; sie hat dann auch die erforderlichen Eintragungen zu machen. Die Lehrherrin hat das Buch auch aufzubewahren.

Innerhalb der ersten vier Wochen nach Einstellung des Lehrmädchens ist ein schriftlicher Lehrvertrag abzuschließen. Eltern und Vormünder müssen darauf besonders bedacht sein.

Die Lehrherrin hat während der ersten vier Wochen die Pflicht, das Mädchen zur Lehrlingsstammrolle der Handwerkskammer anzumelden. Für den Lehrvertrag sind nur die von der Handwerkskammer aufgestellten Formulare zu benutzen. Es sind drei Formulare des Lehrvertrages anzufertigen; nach erfolgter Prüfung derselben durch die Handwerkskammer erhält die Lehrherrin zwei Exemplare zurück. Davon ist ein Vertrag für sie selbst, der zweite muß dem gesetzlichen Vertreter des Lehrmädchens ausgehändigt werden. Falls die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes erforderlich ist, muß auch für dieses ein Lehrvertrag angefertigt werden. Die Lehrherrin hat nach Rückempfang der Lehrverträge dafür Sorge zu tragen, daß die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes eingeholt werde, und das mit dem Genehmigungsvermerk des Vormundschaftsgerichtes versehen, für die Handwerkskammer bestimmte Exemplar, dieser sofort unverzüglich vorzulegen. Die Lehrherrin hat für jedes Lehrmädchen eine Einschreibgebühr von drei Mark bei der Handwerkskammer einzuzahlen.

Der Lehrvertrag muß folgende Angaben enthalten: 1. Die Namen von Lehrmeisterin und Lehrmädchen. 2. Bezeichnung des Handwerks, in dem die Ausbildung erfolgen soll. 3. Es muß in ihm eine Probezeit von mindestens vier Wochen festgelegt sein. 4. Die Angabe über die Dauer der Lehrzeit. 5. Er soll womöglich die gegenseitigen Leistungen festlegen (Entschädigungen an die Lehrherrin, Lehrgeld oder Kostgeld, Lohn an das Lehrmädchen). 6. Die gesetzlichen und sonstigen Voraussetzungen, wodurch eine Lösung des Lehrvertrages herbeigeführt werden kann. 7. Die Unterschrift der Eltern oder gesetzlichen Vertreter des Lehrmädchens.

Während der Probezeit, die in die eigentliche Lehrzeit einzurechnen ist, kann das Lehrverhältnis durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden. Nach Ablauf des letzten Tages der Probezeit tritt der Lehrvertrag jedoch voll in Kraft. Dann kann das Lehrverhältnis nur noch aus schwerwiegenden Gründen gelöst werden.

Als solche können gelten: Schwere Schädigungen der Gesundheit des Lehrmädchens, mangelhafte Verpflegung, ungenügende Anleitung seitens der Lehrherrin und beständige Heranziehung des Mädchens zu häuslicher Arbeit, schwere Gefahren für Religion und Sitten. Von der

Lehrmeisterin kann der Vertrag gelöst werden, sofern eine der folgenden Ursachen vorliegt: Wenn das Lehrmädchen sich eines Diebstahls oder ähnlichen Vergehens schuldig macht; wenn es seinen Verpflichtungen nachzukommen sich beharrlich weigert; wenn dem Mädchen vorsätzliche Sachbeschädigung zur Last gelegt werden muß; wenn es einen hiesigen Lebenswandel führt; wenn es mit einer abschreckenden Krankheit behaftet wäre; wenn es den Besuch der Fortbildungs- oder Fachschule vernachlässigt.

Der Lehrvertrag darf also ohne schwerwiegenden Grund von keiner Partei gelöst werden.

Sehr beachtenswert ist auch noch folgendes: Erhält das Lehrmädchen von der Lehrherrin Lohn oder Kost und Logie, so muß dasselbe sofort nach Eintritt in die Lehre der Krankenkasse angemeldet werden. Nach Vollendung des 16. Lebensjahres ist das Mädchen ferner der Invalidenversicherung unverzüglich anzumelden; denn regelmäßige Vergütung seitens der Lehrherrin gegeben wird. Wo nur freiwilliges Zeichengeld in Frage kommt, besteht kein Zwang zu obigen Anmeldungen. Die Eltern und Vormünder werden darauf bedacht sein müssen, daß diese Verpflichtungen eingehalten werden. Bezüglich der Aufnahme in die Invalidenversicherung haben die gesetzlichen Vertreter des Mädchens für eine Invalidenkarte zu sorgen. Dieselbe wird bei der unteren Verwaltungsbehörde abgegeben. Die Karte ist dann der Lehrherrin zu überreichen, welche verpflichtet ist, die Karten ordnungsgemäß zu legen.

Dem Mädchen ist auch gesetzlicher Schutz zugesagt. Zunächst in Bezug auf die Fortbildungs- oder Fachschule. Die Lehrmeisterin hat für den Besuch der Schule freie Zeit zu gewähren. Ferner darf dem Mädchen die erforderliche Zeit und Gelegenheit zur Erfüllung der religiösen Pflichten nicht entzogen werden. Der gesetzliche Schutz erstreckt sich auch auf die Ausbildung im Gewerbe. Die Lehrherrin ist verpflichtet, das Mädchen in allen, das Geschäft betreffenden Arbeiten zu unterweisen. Hat das Lehrmädchen weder Kost noch Wohnung im Hause der Herrin, so darf es nicht zu häuslichen Dienstleistungen herangezogen werden. Jedoch hat jedes Lehrmädchen die vorkommenden Geschäftsgänge zu machen. (Einkauf von Material, Anfertigen von fertigen Kleidungsstücken usw.) Die Lehrherrin hat dann nach beendeter Lehrzeit dem Mädchen ein Zeugnis anzustellen. Sodann ist es Pflicht der Lehrherrin, das Lehrmädchen zur Ablegung der Gesellenprüfung anzuhelfen.

Ueber all das, was im vorstehenden Artikel zusammengefaßt ist, läßt sich bei den zuständigen Handwerkskammern Erkundigung einholen. Auch sei zu diesem Zwecke auf die in manchen Städten bestehenden Berufsberatungs- und Lehrvermittlungstellen hingewiesen. F. H.

Eine treffende Charakteristik der gelben Gewerkschaftsbewegung gibt der Privatdozent Dr. Walbemar Zimmermann in einer Aufschrift an die „Halbmonatschrift für Soziale Hygiene und praktische Medizin“, die sich nach einem Vortrage des Genannten an ihn um Präzisierung seiner Stellung zu den „Gelben“ gewandt hatte. In der Aufschrift heißt es:

„Ich würde nie soweit gehen, den „Gelben“ in ihrer Allgemeinheit den bewußten Willen zur Streikbrecheri vorzuwerfen; es ist nicht ihre leitende Absicht, den kämpfenden Berufsameraden in den Rücken zu fallen. Aber ich komme angelegentlich der ganzen Entfaltungswiese, Struktur und Haltung der gelben Organisation nicht um den Schluß herum, daß die gelbe Bewegung mit einer gewissen Notwendigkeit zur Säuhung und Zerbröckelung geschlossener und nur bei Geschlossenheit aussichtsreicher Lohnbewegungen führt und deshalb unwillkürlich unter Umständen so wirken muß wie das Auftreten zielbewußter Streikbrecher. Was ich trotz der außerordentlichen Unschicklichkeit der wirtschaftsfriedlich-nationalen Arbeiterbewegung und der zwischen Berlin und West- und Süddeutschland immer deutlicher hervortretenden gegensätzlichen Strömungen (vorerst allerdings noch mehr in der Theorie als in der Praxis) als ihr gemeinsames gelbes Charakteristikum ansehe, ist: die bewußte Vernachlässigung einer wirksamen Machtrückführung für äußerste Notfälle und die systematische Irreführung über die harten Notwendigkeiten und den Interessenwiderstreit auf dem Arbeitsmarkt, in dem nur eine machtvolle Koalition der Arbeiter dem meist noch mächtigeren Arbeitgebertum die Wage halten kann. Die vielfache Duldung einer finanziellen Abhängigkeit vom Arbeitgeber mit ihren bekannten psychologischen Folgen erzeugt aber das Gegenteil einer machtvollen Arbeiterorganisation, ganz abgesehen davon, daß durch solche Sonderbündeleien allein schon die Koalitionsmacht und Stohkraft der unabhängig organisierten Arbeiterschaft gehemmt wird. Diese beiden Mängel, Sonderbündelei und die Duldung finanzieller Abhängigkeit, sind Ausflüsse eines kurzfristigen, nur auf den augenblicklichen Vorteil des Einzel-Individuums oder einer kleinen Gruppe spekulierenden materiellen Egoismus im Gegensatz zur opferwilligen, die Massennot und Massennotwendigkeiten bedenkenden Berufssolidarität. Und dieses egoistisch-afsoziale, um nicht zu sagen antisoziale, Moment ist ein typisches Zeichen gelben Wesens.“

Dieses Wesen fördern — so fahren wir fort — das heißt: den unfruchtbarsten, gemeinschaftlichsten Tendenzen im Volke die Wege ebnen und den Idealismus und das Gemeinschaftsgefühl austrotten helfen.

**Deutschlands Außenhandel und seine Schutzpolitik.** Von den Gegnern der in Deutschland gelübten Schutzpolitik wird immer wieder eingewandt, daß diese Zollpolitik den Außenhandel und damit die ganze industrielle Entwicklung schädigen müsse. Wir geben zu, daß sich das Auslandsgehandelt für manche Industriezweige, speziell für die Textilindustrie, in den letzten Jahren nicht leichter gestaltet hat und daß mit dieser Tatsache auch unsere deutschen Handelspolitiker rechnen müssen. Aber alle diese wachsenden Schwierigkeiten sind auch für die sogenannten Freihandelsländer vorhanden und für diese viel mehr fühlbar als für Deutschland. Es läßt sich nicht leugnen, daß sich unsere deutsche Wirtschaftspolitik im allgemeinen bewährt hat und eine notwendige Vorbedingung für die Entwicklung unseres deutschen Außenhandels war und noch ist.

Betrachten wir einige Handelsziffern der drei bedeutendsten westeuropäischen Industrieländer, Frankreich, England und Deutschland. Wir nehmen zum Vergleich die Bewegung der Ausfuhr aus den drei Ländern in den ersten zehn Monaten der drei verflohenen Jahre.

Die Ausfuhr betrug in Millionen Mark:

Jan.—Okt.	Deutschland	England	Frankreich
1910	6319,72	7267,89	4017,58
1911	6718,69	7644,40	3948,50
1912	7330,66	8213,39	4303,50

Die Steigerung der Ausfuhr ist in dem Schutzolland Deutschland am stärksten (611,97 Mill. M.), dann erst kommt das Freihandelsland England und an letzter Stelle Frankreich. Die Steigerung des deutschen Außenhandels von 1910—1912 beläuft auf 15,9%, die des englischen auf 11,5%, die des französischen nur 5,2%. Deutschland steht in der Steigerung an der Spitze, und wenn England auch heute noch den ersten Platz im ganzen Weltmarkt einnimmt, so verringert sich die Spannung doch immer mehr zugunsten Deutschlands.

Während der deutsche Außenhandel, Einfuhr und Ausfuhr zusammen, im Jahre 1901 10 1/2 Milliarden betrug, ist er im Jahre 1911 auf 19,1 Milliarden gestiegen, innerhalb eines Jahrzehnts also eine Zunahme um fast 9 Milliarden Mark! Zu Anfang des 20. Jahrhunderts hatte Deutschland noch nicht ganz 1% des ganzen Welthandels inne, gegenwärtig beherrscht es 12,7% des Gesamtwarenhandels der Welt. Das handelsmächtige Albion hatte im Jahre 1901 einen Außenhandel von 17 1/2 Milliarden, gegenwärtig einen solchen von 25 Milliarden; die Steigerung ist also um mehr als 1 Milliarde kleiner als bei Deutschland. Noch auffälliger aber wird die Tatsache, wenn wir die relative Steigerung berücksichtigen. England hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts ungefähr 20% des ganzen Außenhandels der Welt, gegenwärtig schwankt sein Anteil zwischen 16,9 und 17%. Es ist also der relative Anteil Englands am Außen-

handel der Welt zurückgegangen. Deutschland hat dagegen fast ebensoviel gewonnen als England verloren hat.

Dabei muß man bedenken, daß die englische Export- und Ausfuhr lange nicht so hoch wäre, wenn England nicht einen so großen Teil von Lebensmitteln einführen und dafür natürlich wieder andere Waren ausführen müßte, und ferner, wenn England nicht als Zwischenhändler für die Waren anderer Länder, besonders für die deutschen Waren, auftreten würde. Werden doch viele Textilwaren von Deutschland nach England geliefert, um dann als englische Waren in die Welt hinauszugehen. Auch sonst finden wir, daß England, wie die Handelsbilanz nachweist, große Massen von Fertigwaren aus Deutschland bezieht, die es gar nicht einmal alle mit Waren bezahlen kann. Würde nun dieser Zwischenhandel durch deutsche Kaufleute selbst hinausgetragen werden in fremde Länder, so wäre es mit dem Handelsvorsprung Englands bald vorbei.

Aus alledem ergibt sich, daß unsere deutsche Wirtschaftspolitik noch nicht die schrecklichen Folgen gehabt hat, die die Freihändler immer an die Wand malen.

**Sozialdemokratie und Religion.** Immer unerbittlicher wird innerhalb der Sozialdemokratie der Kampf gegen die Religion geführt. In Nr. 50/1913 berichtet die „Leipz. Volksztg.“ wieder über eine Versammlung der proletarischen Freidenker im Leipziger sozialdemokratischen Volkshause. Es sprach der sozialdemokratische Arbeitersekretär Menke aus Dresden über das Thema: „Warum muß der denkende Mensch aus der Kirche austreten?“ Der Bericht der „Leipz. Volksztg.“ enthält u. a. folgende Sätze:

„Das Proletariat führe einen immensen Kampf für Fortschritt und Kultur, ausgerüstet mit einer neuen Religion: dem Sozialismus, Christentum und Sozialismus stehen sich als zwei Weltanschauungen gegenüber. . . Die finsternen Dogmen des Christentums, in Jahrtausenden gelehrt, in die Hirne des Volkes gepflanzt, liegen sich nicht innerhalb eines Menschenalters beseitigen. . . Die Religion müsse heute nur als Deckmantel für kapitalistische Zwecke herhalten. Der Grundpfeiler des Christentums, die göttliche Offenbarung, die Schöpfungsgeschichte sei heute von der Wissenschaft längst als Fabel abgetan. Professor Gurkitt habe den Anspruch getan, man müsse über die Bibel in goldenen Lettern die Inschrift anbringen: „Das Märchen von der Schöpfungsgeschichte“. Die Bourgeoisie, die Ärzte, Priester und alle Männer der Wissenschaft zu ihren Lohnarbeitern gemacht habe, habe Interesse an der Aufrechterhaltung der Religion. Dies habe das kämpfende Proletariat schon lange erkannt. Es heiße nun ernst gemacht mit der Forderung: Kampf jeder Staatsreligion, welcher Form und welchen Bekenntnisses sie auch sei. „In Massen heraus aus der Kirche!“ sei die Losung.“

Trotzdem verkünden die sozialdemokratischen Agitatoren in manchen Gegenden immer noch die Lüge: „Religion ist Privatsache“ oder: „Die Sozialdemokratie ist kein Feind der Religion“. O diese Heuchler!

**Ein gewerkschaftliches Kulturdokument.** Bei der Aussperrung im Malergewerbe spielen die ber. . . . Reverse wieder eine große Rolle. Ganz schlaue haben es diesmal die norddeutschen Malermeister angefangen. Die von ihnen ausgegebenen Reverse sehen nämlich folgendermaßen aus:

Hauptverband Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Gau I, Norddeutschland, Sitz Hamburg 19, Simsbütteler Chaussee 116.

Der unterzeichnete Maler-, Lackierergehilfe . . . (Name) (Geburtsort und -tag) . . . (Wohnung) erklärt auf sein Ehrenwort, daß er keiner der nachstehenden Gehilfenorganisationen angehört:

1. Dem Zentralverband der Maler, Lackierer usw. Deutschlands (Hamburg); dem Zentralverband der christlichen Maler, Lackierer usw. (Düsseldorf); dem Gewerksverein der Maler, Lackierer (Friedrich-Duncker) (Sitz Berlin).
2. Er erklärt ferner, daß er während der Dauer des Tarifkampfes weder die genannten Organisationen noch deren einzelne Mitglieder moralisch oder mit Geld oder sonstwie unterstützen wird.
3. Er erklärt ferner, daß er den vom Arbeitgeberverband herausgegebenen Lohnarif mit den darin festgelegten Arbeitszeiten und Lohnsätzen als rechtsverbindlich anerkennt und bestätigt den Empfang eines für das zuständige Lohngebiet geltenden Abdruckes von diesem Vertrage.
4. Der Unterzeichnete verpflichtet sich schließlich, seinem Arbeitgeber, dem er dieses Schriftstück unterschrieben ausgehändigt hat, sofortige Anzeige davon zu machen, falls er während der Dauer des gegenwärtigen Tarifkampfes nicht mehr gewillt oder nicht mehr in der Lage ist, die Erklärungen unter den vorstehenden Ziffern 1, 2 und 3 aufrecht zu erhalten.
5. Zur Aufrechterhaltung der in diesem Schriftstück enthaltenen Erklärungen unter 1 bis 3 und zur Erfüllung der Verpflichtung unter 4 hinterlegt der unterzeichnete Gehilfe aus freier Entschliessung einen Geldbetrag von M. 20,— (zwanzig Mark) bei der mitunterzeichneten Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes. Er ist ausdrücklich damit einverstanden, daß der Arbeitgeberverband diesen Betrag als Vertragsstrafe zur eigenen Verfügung verfallen betrachten soll, wenn der unterzeichnete Gehilfe gegen seine Erklärungen oder gegen seine Verpflichtungen aus diesem Schriftstücke verstößt. Die Hinterlegung kann auch in zwei sofort zu leistenden Wochenraten von je 10,— M. an den nächsten Lohnzahlungstagen erfolgen.
6. Der mitunterzeichnete Arbeitgeberverband verpflichtet sich, den unterzeichneten Gehilfen bestmöglichst unter den Bedingungen des ausgehändigten Lohnarifes bei seinen

Mitgliedern zu beschäftigen, solange der Gehilfe die in diesem Schriftstück enthaltenen Bedingungen erfüllt.

7. Nach Ablauf des gegenwärtigen Tarifvertrages mit den Gehilfenorganisationen und mit Abschluß eines Reichstarifvertrages soll dieses Schriftstück und der dazu gehörige Lohnarif seine Gültigkeit verlieren und die hinterlegte Sicherheit unverzüglich zurückgegeben werden, sofern der Rückgabe nach Punkt 5 dieses Schriftstückes keine Hinderung im Wege steht. Vorstehendes Schriftstück habe ich vor der Unterzeichnung genügend gelesen und verstanden und erkläre mein volles Einverständnis mit dem Inhalte. Meine Unterschrift leiste ich völlig aus freier Entschliessung. Einen Abdruck von diesem Schriftstück habe ich erhalten.“

Die Malermeister scheinen demnach die „Ehrenmänner“, die sich durch Unterzeichnung derartiger Reverse ihrer staatsbürgerlichen Rechte begeben, richtig einzutaxieren. Für 20 M. werden diese Leute ihr „Ehrenwort“ schon eher halten.

**Die Aussperrung im Malergewerbe hat trotz aller Bemühungen der treibenden Kräfte nicht den vom Arbeitgeberverband gewollten Umfang angenommen.** Bis Ende der vorigen Woche waren infolge der selbst in den Streit getretenen Gehilfen beim christlichen Malerverband gemeldet 1267, bei der freien Gewerkschaft 14994 Betroffene, wozu noch einige hundert Friedrich-Dunckerische organisierte Maler kommen dürften. Bei 50000 bei Verbandsmeistern in Arbeit stehenden Organisierten ist die Zahl also recht mäßig.

Wie über den Parteien stehende über die Aussperrung und ihre Beweggründe denken zeigt u. a. ein Artikel in der neuesten Nummer der „Sozialen Praxis“. Wir lesen da:

„Nach der ganzen Entfaltungswiese dieser Aussperrung und Streitfrage ist es nicht verwunderlich, daß die Durchführung der Aussperrung nicht ohne Schwierigkeiten vor sich geht. Es ist keine rechte, allgemeine Kampfesstimmung vorhanden. . . . In der beschlußfassenden Versammlung der Berliner Malereigeschäfte hat der Berliner Obermeister Kruze geradezu sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Arbeitgeber den Anfang mit dem Kampfe machen müssen. Die Tatsache eben, daß drei von den Malermeistern selbst berufene Unparteiische in ihrem Schiedssprüche die Forderungen, gegen die jetzt der Aussperrungskampf geht, für den erträglichsten Interessenausgleich erklärt haben, stimmt nicht nur die unbeteiligte öffentliche Meinung, sondern auch die beteiligten Malermeister bedenklich, ob sich ein Kampfspruch darum lohne und aussichtsreich sei. . . . Die Malergehilfen haben sich mit der Abschlagszahlung der Schiedssprüche begnügt, weil auf friedlichem Wege nicht mehr zu erreichen war; aber sie haben allem Anscheine nach auf ebensoviel verzichten müssen, wie den Arbeitgebern in dem Schiedsspruch an Verzichtern zugemutet ist. Müste angesichts dieser Sachlage, nachdem die Parteien monatelang ihren Friedenswillen beiderseits bekundet haben, notwendig jetzt noch ein allgemeiner Kampf, der voraussichtlich angefeindet der Stärkeverhältnisse der Parteien an dem Gesamtergebnis nicht viel ändern, aber dem Gewerbe schwere Wunden schlagen kann, entfesselt werden?“

Die „Soziale Praxis“ verzeichnet zum Schluß mit Genugtuung, daß der Staatssekretär des Innern einen neuen Versuch machen wird, den Kampf durch eine Besprechung der Führer beider Lager unter Beteiligung der Unparteiischen rasch ein Ende zu machen.

Dazu ist zu bemerken, daß die Gehilfenorganisationen allerdings ihre Bereitwilligkeit an einer solchen Konferenz teilzunehmen, ausgesprochen haben; vom Arbeitgeberverband jedoch darüber nichts verlautet, so daß die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Kampfes wohl verfrüht sein dürfte.

Geht diese angelegene Zeitschrift schon ziemlich scharf mit den aussperrungswütigen Malermeistern ins Gericht, so erfahren ihre angeblichen Beweggründe auch von der allerkompetentesten Seite eine Beleuchtung, die den Herren sehr unangenehm sein dürfte.

Die Unparteiischen, Dr. Brenner, von Schulz und Rath, erlassen nämlich in Nr. 3 der von ihnen herausgegebenen Zeitschrift „Das Einigungsamt“ eine Erklärung, welche mit den von den Malermeistern zur Ablehnung der Schiedssprüche vorgebrachten „Gründen“ ziemlich unanständig abrechnet. So wird gegenüber der Behauptung, der Schiedsspruch verpflichte die Meister, innerhalb sechs Monaten paritätische Arbeitsnachweise einzuführen, folgendes ausgeführt:

„Weder auf Grund des Vertragschemas, noch des Schiedsspruches kann nach wie vor auf keinem Wege, also auch nicht durch Beschluß der Ortsratifämter ein Vertragsteil tariflich gezwungen werden, gegen seinen Willen einen paritätischen Arbeitsnachweis zu errichten. Alles beruht nur auf gegenwertiger Vereinbarung. Die Ortsratifämter haben nur zu prüfen, ob eine derartige Vereinbarung zu erzielen ist.“

An diese Klarstellung fügen die Unparteiischen die Worte: „Die Allgemeinheit hat ein berechtigtes Interesse, in diesem Hauptstreitpunkt eine maßgebende Auslegung zu erfahren und damit die Dinge klar zu sehen.“

## Aus unserer Industrie.

### Fusion zweier großer süddeutscher Baumwollspinnereien.

Die Baumwollspinnerei Erlangen und die Baumwollspinnerei Wangen im Allgäu planen eine Fusion. Es wird hierüber folgende Bekanntmachung erlassen: „Mit Rücksicht darauf, daß die Baumwollspinnerei Erlangen den größeren Teil ihrer Garnproduktion jetzt selbst verarbeitet, und deshalb in der Folge den Anforderungen ihrer Kundschaft für Watgarn nicht mehr genügen könnte, sind seit einiger Zeit Verhandlungen geführt, welche ein-

Angliederung der Baumwollspinnerei Wangen im Allgäu an das Erlanger Unternehmen zum Zwecke haben. Den Generalversammlungen beider Gesellschaften wird eine Vorlage zur Fusion der beiden Werke unter entsprechender Erhöhung des Erlanger Aktienkapitals unterbreitet werden. Die zum Umtausch der Wangener Aktien auszugebenden neuen Erlanger Aktien werden für mehrere Jahre nicht an den Markt kommen. Beide Unternehmen sind mit ihrer Produktion für den größten Teil des laufenden Jahres unter Kontrakt.

**Erhöhung der Seidenzölle in Frankreich.**

In gewissen Kreisen der französischen Seidenindustrie werden neuerdings große Anstrengungen gemacht, um im Parlament die von einer Anzahl Abgeordneten beantragte Erhöhung und Vereinheitlichung der Zölle auf Seidenewebe und Wänder auf 750 Fr. per 100 kg durchzubringen. Das französische Handelsministerium hat nunmehr über die Angelegenheit, die in erster Linie die deutschen, die schweizerischen und die englischen Ausführungsinteressen betrifft, das Gutachten der Lyoner Handelskammer eingeholt. Die Kammer hat sich — unbeschadet der persönlichen Ansichten einzelner Mitglieder über die bestehenden Zollverhältnisse — einstimmig dahin ausgesprochen, daß die letzte Tarifrevision vom 19. März 1910 auf die durch die Handelsübereinkunft mit der Schweiz geschaffene Lage Rücksicht genommen habe, daß zurzeit keine Veranlassung vorliege, auf die Frage zurückzukommen, und daß ein Wiederaufgreifen der Sache als gänzlich unzweckmäßig bezeichnet werden müsse.

**Staatliche Förderung des Flachsbauens.**

Bei der Beratung des Handels- und Gewerbe-Stats im Preussischen Abgeordnetenhaus. Hiert der fortschrittliche Abgeordnete Thurn, Sorau, eine Rede, in der er auf die Wichtigkeit des Flachsbauens und die Notwendigkeit seiner staatlichen Förderung hinwies. Der Redner führte etwa folgendes aus:

Es handelt sich um den Flachsbau, den unsere preussische höhere Webeschule zu Sorau mit ihrer angegliederten Spinnereiabteilung in so erfreulicher Weise gefördert hat. Die Schule ist bemüht, die Landleute nach Möglichkeit dahin zu bringen, daß sie den Flachs nicht allein bauen, sondern auch etwas daran verdienen. Die Regierung kann aber nicht genug gebeten werden, dieser Frage ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen, zumal der Flachsbau eine so eminent wichtige Rolle für die Landwirtschaft spielt. Leider sind alle Anregungen früherer Jahre, den Landwirt zu veranlassen, seine vorgefaßte Meinung, daß der Flachsbau nicht ertragreich und rentabel ist, aufzugeben, bis jetzt vollständig vergeblich gewesen. Es müssen doch also wohl immer noch Schwierigkeiten vorliegen, die den Landmann hindern, seine Meinung zu ändern. Jedenfalls liegen sie darin, daß der Flachs nicht immer sofort abzusetzen ist. Wenn aus Unkenntnis vielleicht schlechte Erfahrungen mit dem Flachsbau gemacht worden sind, so kann man daraus doch unmöglich folgern, daß der Landmann dabei nicht auf seine Kosten kommt. Es wird dabei immer vergessen, daß die Nachfrucht die höheren Ausgaben für Fäden und Häfen usw. nicht nur einmal, sondern doppelt und dreifach deckt. Ueber 300 000 Spindeln müssen alle Jahre mit Flachs versehen werden; sie stellen ungefähr einen Wert von 40 Millionen Mark dar, und davon gehen 30 Millionen ins Ausland. Es müßten doch Mittel und Wege gefunden werden, um möglichst viel von dieser Summe unserem Vaterlande zu erhalten. In Schlesien werden große Mengen Flachs gebaut, die teilweise in Konstant und in Bernstadt fein geschwungen und verarbeitet werden. Im letzten Jahre sind über 10 000 Zentner Flachs in Breslau auf den Markt gebracht und zu Preisen von 60 bis 75 M. pro Zentner = 50 Kilogramm verkauft worden, die beinahe ebenso hoch wie die belgischen Flachspreise sind. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, den Flachsbauer soweit zu bringen, daß er seinen Flachs selber röstet. Für den Landmann kann ja nur die Lauroste in Betracht kommen, und diese erfordert große Aufmerksamkeit. Sie hindert auch den Landmann in der Bestellung seines Feldes, da der Flachs auf dem Felde liegen bleiben muß, und solange dies der Fall ist, kann der Landmann sein Feld nicht befruchten. Die Wasserreinigung in fließendem Wasser ist verboten und dieselbe in künstlichen Bassins vorzunehmen, was auch versucht worden ist, ist zu teuer, ebenso die chemische Röstung nach dem System von Professor Bauer. Meine Ansicht ist und bleibt, wir müssen dafür sorgen, daß mehr Warmwasserröstanstalten gebaut werden. Diese rentieren sich aber nur dann, wenn sie mindestens 30 000 Zentner pro Jahr verarbeiten. Ich weiß ja, daß das Ministerium nicht für den Bau von Röstanstalten ist; aber ich meine, wir können noch dahin, daß auch die Regierung dafür eintritt. Es geht nicht anders. Wir müssen Mittel und Wege finden, daß immer mehr Flachs gebaut wird. In den meisten Provinzen Deutschlands hat man gar keine Ahnung von dem Flachsbau. Daher muß der Bauer, der Großgrundbesitzer zu demselben erzogen werden. Es kann ja kommen, daß die Röstanstalten möglicherweise zuerst einen ungenügenden Eingang an Material haben. Auch aus diesem Grunde ist die staatliche Unterstützung notwendig. Röstanstalten, die sich rentieren, haben z. B. die Textilwerke der Firma Gruchowich in Kronstadt und in Ungarn, ebenfalls die Firma E. G. Müller in Hirschfeld — in Marienberg und Eichenberg —, ferner der deutsche Rohwäster in London, Jarky Vukowich, auf seinem Gute Helvetibof; in Obereschleien sind ganz bedeutende Anlagen gerade für Flachs und Röstanstalten. Selbstverständlich muß dem Flachsbauer garantiert werden, daß er seinen Flachs los wird, so wie er ihn

vom Felde bringt. Der Flachsbauer wird am besten erzogen werden, wenn er weiß, er erhält, wenn er seinen Acker gut bearbeitet hat, auch einen höheren Ertrag und höhere Bezahlung. Der Bauer ist aber nicht allein imstande, den Flachsbedarf zu decken; wir müssen versuchen, den Großgrundbesitzer dafür zu interessieren. Ich möchte daher der Regierung den Vorschlag machen, der ungarischen Regierung zu folgen, die den Röstanstalten ein Kapital zinslos unter der Verpflichtung gibt, mindestens ein Viertel des Ertrages ihrer Röstung dem Bauer zur Verfügung zu stellen. Da weiß der Bauer ganz genau: wenn der Flachs gewonnen ist, findet er Absatz. Und der große Vorteil dabei ist: das Flachsbrechen und Schwingen des Flaches kann im Winter gemacht werden, denn im Sommer wird das Rosten und das Trocknen vorgenommen. Dann haben wir Anstalten, die Winter und Sommer ihre Arbeiter beschäftigen können. Freilich die erste Voraussetzung für das Bestehen dieser Bestrebungen sind tüchtige Fachleute im Rosten. Hier könnte unsere Staatsregierung auch helfend eingreifen, und zwar durch Einrichtung von Kursen an technischen Fachschulen und durch besondere Unterstützung der Herren, die ins Ausland reisen wollen zum Studium der Flachskultur. Unserer heutigen Generation ist zum großen Teil die Flachskultur vollständig unbekannt. Da würden die Leiter landwirtschaftlicher Institute oder der Winterschulen eine dankenswerte Aufgabe erfüllen, wenn sie die studierende Jugend mit der neuzeitlichen Behandlung des Flachsbauens vertraut machen. Darum möchte ich der königlichen Staatsregierung immer zurufen: ich bitte darum, daß mehr Röstanstalten gebaut werden; ich bitte darum, daß die Röstanstalten unterstützt werden.

**Eine Berufskrankheit der Baumwollweber.**

Eine ungewöhnliche und überraschende Erkrankung ist in letzter Zeit in Lancashire, dem klassischen Bezirk der Baumwollweber, in mehreren Fabriken festgestellt und dann genauer untersucht und im Journal für Hygiene beschrieben worden. Die Merkmale der Erkrankung bestehen in sehr heftig einsetzendem Fieber, mit einem eigentümlichen Husten und asthmatischen Anfällen verbunden. Es war nicht schwer, der Ursache auf die Spur zu kommen, da in den Webereien, wo die Erkrankungen vorliefen, eine Abänderung des Verfahrens eingeführt worden war. Gewöhnlich wird Zinkchlorid benutzt, um das Ansetzen von Pilzen auf dem Gewebe zu verhindern. Da nun die Färber sich dagegen gesträubt haben, Baumwollgewebe fernerhin anzunehmen, in denen Chlorverbindungen enthalten sind, so hat man versucht, ohne diese keimtötenden Stoffe auszukommen. Weil die Baumwollfäden noch ein gewisse Feuchtigkeit enthalten, wenn sie auf den Garnbaum kommen, so sind günstige Bedingungen für die Entwicklung von Schimmelpilzen gegeben. Diese Folge ist auch nicht selten beobachtet worden, aber man hat sich daran nur dann gelehrt, wenn von den Webereien ein unangenehmer Geruch ausging. Diesmal ist man zu einer genaueren Untersuchung veranlaßt worden, da die Krankheiten nicht auf Gase zurückgeführt werden konnten, wie sie beispielsweise in Folge von Pilzen an Tapeten auftreten. Es scheint eben eine echte Pilzkrankheit zu sein, die sich durch Einatmung der Keime in der Lunge entwickelt, und zwar handelt es sich um Schimmelpilze von der Gattung Aspergillus. Daß Pilze eine große Wandlungsfähigkeit besitzen, ist übrigens durch die weitere Entdeckung erwiesen worden, wonach ein Pilz schwarze Flecken auf gefrorenem Fleisch zu erzeugen vermag.

**Deutsche Kleider im Welthandel.**

Dem ausgedehnten Absatz von Kleidern im Inland begegneten im Jahre 1912 mancherlei Schwierigkeiten, unter denen die Lebensmittelsteuerung obenan steht. Die Konfektion mußte deshalb auf Erweiterung ihres Absatzes im Ausland bedacht sein; leider muß man konstatieren, daß diesen Bemühungen nur ein Teilerfolg beschieden war. Der Export stieg verhältnismäßig gering. Von 1907 bis 1912 entwickelte sich die Kleiderausfuhr nach Doppelzentnern folgendermaßen:

	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Ausfuhr	102848	89869	88787	103122	107832	111610
G. d. S.	-12979	-1082	+14335	+4210	+4278	

Der Wert des Exports belief sich im Jahre 1912 auf 116,84 Millionen M. Als wichtigste Absatzgebiete der deutschen Konfektion kommen Holland, Großbritannien und die Schweiz in Betracht. Demgegenüber hat die ausländische Konkurrenz auf dem deutschen Markt kaum Fortschritte machen können. Der deutsche Import von Kleidern und Zugwaren belief sich im Jahre 1907 auf 5038 Doppelzentner und 1912 auf 6062 Doppelzentner. In der Berichtsperiode ging u. a. die deutsche Ausfuhr von wollenen Frauen- und Mädchenkleidern gegen das Vorjahr von 26592 Doppelzentner auf 24972 Doppelzentner zurück. Dem entspricht ein Wertrückgang von 37,99 auf 36,63 Millionen Mark. Besonders die Bestellungen Hollands und Großbritanniens in diesen Kategorien nehmen ab. Auch baumwollene Männer- und Knabenkleider wurden in geringeren Mengen als 1911 exportiert; es ergab sich ein Rückgang von 6169 Doppelzentner auf 5041 Doppelzentner. Frauen- und Mädchenkleider aus Baumwolle wurden im Jahre 1911 insgesamt 3068 Doppelzentner am Weltmarkt abgesetzt; diese Lieferungen in diesen Erzeugnissen stiegen im Berichtsjahre auf 3515 Doppelzentner. Großbritannien bezug davon 792 Doppelzentner. Wertlich wuchs die Ausfuhr von Mänteln, Schürzen und Unterröcken. Die Exportmenge von 7354 Doppelzentner bedeutet gegen 1911 ein Plus von rund 500 Doppelzentner, gegen 1907 ein Mehr von ca. 2000 Doppelzentner. Der Wert dieser Ausfuhr be-

trug im letzten Jahre 6,92 Millionen Mark. Schließlich sei auf die Ausfuhrsteigerung baumwollener Nieder verwiesen. Von den genannten Fabrikaten sind im Berichtsjahre 6457 Doppelzentner ins Ausland gegangen gegen 5688 Doppelzentner im Jahre 1911. Anzuweisen ist noch die günstige Entwicklung im Export von Zugwaren. Von diesen gingen im letzten Jahr 12894 Doppelzentner ins Ausland, das sind mehr als 2000 Doppelzentner über den Export des Jahres 1907 hinaus. Für die Ausfuhr dieser Gegenstände im Jahre 1912 empfing die heimische Industrie 9,66 Millionen Mark.

**Aus dem Verbandsgebiete. Arbeitslosen-Berichterstattung.**

Wir machen die Arbeitslosen-Berichterstattung in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 29. März, Arbeitslosen-Stichtag für den Monat März ist; gleichzeitig auch Schluß der Arbeitslosenzählung für das erste Vierteljahr ds. Js. Die gelben Berichtskarten (Vierteljahreskarten) sind spätestens bis zum 4. April an die Zentrale einzusenden. Man vergesse nicht die genaue Angabe der am Schluß des Quartals vorhandenen Mitglieder in der Ortsgruppe.

Ueber den Monat Februar haben folgende Ortsgruppen nicht berichtet:

- Bezirk Krefeld: Burgwaldbiel, Geldern, Krefeld.
- " M.-Glabach: keine.
- " Aachen: Gaaren, Imgenbroich.
- " Barmen: Gaan.
- " Bocholt: Ahaus, Dülmen, Stadthohn.
- " Münster i. W.: Sassenberg, Ummeln.
- " Hannover: Mülhhausen.
- " Schlesien: keine.
- " Sachsen: Eilenburg, Guben, Künersdorf, Leipzig, Limbach, Delitzsch, Plauen, Sorau.
- " Bamberg: keine.
- " Augsburg: Ay, Sechshausen, Gaunketten, Memmingen.
- " Württemberg: Waldsee, Wangen.
- " Baden: Schopfheim, Schönau, Ziegen.
- " Elsaß: Carlpach.

**Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten. Sommerfeld.**

Mit Erfolg beendet. Der Streit der Textilarbeiter schaft wurde nach fünfjähriger Dauer mit Erfolg für die Arbeiter beendet. Es fanden zu verschiedenenmalen Verhandlungen zwischen der Fünfer-Kommission und dem Vorstande des Fabrikantenverbandes statt. Es war sehr schwer, von den Fabrikanten einige annehmbare Zugeständnisse zu erlangen. Stehen doch die Sommerfelder Arbeitgeber noch auf dem veralteten Standpunkt: Mit Arbeiterorganisationen verhandeln wir nicht. Trotzdem verlangen aber dieselben Herren, daß der Arbeitgeberverband von der Arbeiterschaft als Interessenvertretung der Arbeitgeber angesehen wird. Daß ein solches Messen mit zweierlei Maß sehr viel böses Blut erregt, ist selbstverständlich. Auch in Zukunft wird ein solch unsozialer und auch ungerechter Standpunkt noch öfter zu Differenzen führen. Nicht durch Schuld der Arbeiterschaft. Daran werden auch alle Drohungen mit der Aussperrung nichts ändern. Die Fünfer-Kommission suchte zu erreichen, was nur eben unter den gegebenen Verhältnissen zu erlangen war, und es gelang auch, Zugeständnisse günstiger Art zu erhalten. Diese wurden aber von der Arbeiterschaft all nicht genügend abgelehnt.

Es wurde nun eine erweiterte Kommission von 31 Arbeitern und Arbeiterinnen gewählt, welche mit dem Fabrikantenverband verhandelte. Als Schlussergebnis wurde folgendes zugestanden:

- Die Weber und Weberinnen erhalten ab 1. April eine Lohnerhöhung von 5%.
- Ab 1. Oktober eine weitere Lohnerhöhung von 5%.
- Die Nebearbeiten in der Weberei werden in Stundenlohn gezahlt.
- Die Unregelmäßigkeiten nach unten beim Lohn, namentlich bei den Männern sollen beseitigt werden.
- Für schlechtes Material soll (falls es gemeldet wird) Vergütung bezahlt werden.
- Für Anknüpfen pro 100 Fäden ab 1. Oktober ein Zuschlag von 10%.
- Die Spinner erhalten ab 1. April eine Lohnerhöhung von 5%.
- Der Durchschnitts-Mindestlohn soll für die ersten Spinner anstatt wie bisher 15,75 M. in Zukunft 16,55 M. betragen.
- Bei schlechtem Material ist den Spinnern in den Betrieben, wo Wolle verarbeitet wird, erlaubt, während der Einnahme des Frühstücks- und Besperbrotes die Maschine abzustellen.
- Die Wochenlöhner erhalten ab 1. April eine Lohnzulage von 1,00 pro Woche.
- Die Stundenarbeiter erhalten ab 1. April eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde. Die Stundenarbeiterinnen bekommen 1 1/2 Pfg.
- Wenn mit diesen Erregungen auch nicht alle berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft erfüllt wurden, so sind die Zugeständnisse doch annehmbarer Art. Es war wieder ein Schritt weiter auf dem Gebiete der Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Sommerfelder Textilarbeiter.
- Unsere Kollegen und Kolleginnen standen Schulter an Schulter mit den Mitgliedern des Hirsch-Dundersehen und „deutschen“ Textilarbeiterverbandes. Auch die Leitungen der Verbände arbeiteten einig in der Bewegung zusammen. Wir sind überzeugt, daß obige Zugeständnisse nicht erreicht worden wären, wenn die Arbeiterorganisationen unter sich uneinig gewesen wären. Für unsere Mitglieder er-

gibt sich aber die Pflicht, in Zukunft mehr als bisher für unsern Verband neue Mitglieder zu werben.  
Kollegen und Kolleginnen! Wenn ihr wollt, daß auch in Zukunft noch fehlende Verbesserungen durchgeführt werden, dann stärkt eure Ortsgruppe Sommerfeld durch das Zuführen von neuen Mitgliedern. Der Zentralverband christlich-nationaler Textilarbeiter ist seinen Mitgliedern ein starker Schutz und Hort. Deshalb an die Agitationsarbeit!

**Aus unseren Bezirken.**

**Das badische Albthal und seine Textilarbeiterschaft.**

Wer mit der Albthalbahn von Karlsruhe nach Busenbach fährt oder vielleicht noch weiter, der hat zu verschiedenen Beobachtungen Gelegenheit. Als Ettlungen sind in dem ziemlich schmalen Tälchen mehrere industrielle Werke; alle schmiegen sich kraftbeisend an den kleinen Fluß, die Ab. So reihen sich Mühlen, Sägewerke, Papierfabriken und Textilbetriebe aneinander. Dort, wo die Gebäulichkeiten der „Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Ettlungen“ aufragen, haben im Tal gerade noch die Landstraße und das Gleis der Bahn ihren Platz — und sofort steigen links und rechts die bewaldeten Berge himmelan.

Verhältnismäßig wenige der Arbeiterfamilien wohnen in den hohen Koloniehäusern bei der Fabrik. Sonst aber sieht man nur den herrlichen Wald; an den schönsten Plätzen sind Villen und herrschaftliche Wohnhäuser erbaut.

So präsentiert sich das Albthal dem Auge. Da aber drängt sich die Frage auf: Wo wohnen denn die Arbeiter und Arbeiterinnen der beiden Textilbetriebe?

Darauf weiß die Albthalbahn gut Antwort zu geben, denn sie bringt die Arbeiter und Arbeiterinnen früh morgens zur Fabrik. Nach Hunderten zählen die Scharen. Noch besseren Bescheid geben die befragten Kollegen und Kolleginnen selbst. Die Ortschaften liegen teils versteckt und lauschig im Wald, teils auf freier Bergeshöhe, über die der kalte Wind ganz unbarmherzig pfeift. Wer mit dem Zug nicht fahren kann, muß bis zu 1 1/2 Stunden Wegs zurücklegen, morgens und abends, zusammen also 1—3 Stunden. Die am weitesten zu gehen haben, müssen früh 4 1/2 Uhr aufstehen und sich schnell auf den Weg machen.

Die Textilbetriebe des Albtales beschäftigen nur Arbeiter und Arbeiterinnen aus den umliegenden Ortschaften. Es ist fast durchwegs ein kräftiger Menschenschlag. Ein Häuschen mit Obstgarten und einem Stückchen Feld ist fast jeder Familie eigen. Von Gesinnung gut religiös, ist die Bevölkerung pflichttreu und arbeitsam; dabei wenig anspruchsvoll.

Den Arbeitern und Arbeiterinnen hat die moderne Industrie gar manche Neuerungen gebracht. Die Arbeitsweise ist anstrengend und nervenzerrübend; das können die Spinnerinnen, sowie die Webereiarbeiter bestätigen. Namentlich sind es die Northrop-Weber und Weberinnen, die von schwerer anstrengender Arbeit erzählen. So manche kräftige Natur ist schon unter der großen Anspannung gesundheitlich schwer geschädigt worden; am deutlichsten ist das bei den Bleicher- Arbeitern und -Arbeiterinnen zu ersehen.

So sind im Laufe der Jahre die Anforderungen gestiegen. Der Steigerung an Arbeitsleistung entsprechen jedoch die Lohnverhältnisse keineswegs. Die deutlichste Erklärung hierfür ist der Mangel an einer guten gewerkschaftlichen Organisation. Jahrelang ist der größte Teil der Textilarbeiterschaft des badischen Albtales dem Verbands fern gestanden. Und in dieser Zeit ist von einem Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht die Rede gewesen.

Jetzt aber wollen die Textilarbeiter und -Arbeiterinnen des Albtales ihren Platz in der christlichen Berufsorganisation einnehmen. Ungefähr zwei Drittel der Gesamtzahl hat sich unserm Verbands angeschlossen. Auch das letzte Drittel wird noch der Organisation zugeführt. Das haben die Arbeiterinnen und die Ortsgruppenvorstände mehrfach ausgesprochen.

Der Wille zur weiteren Agitation kam namentlich bei der am 16. Februar in Ettlungen abgehaltenen Arbeiterinnen-Konferenz zum Ausdruck. Diefelbe wies einen ausgezeichneten Besuch auf. Die Diskussion war reg; sie betraf die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Spinnerei und Weberei, die Arbeits- und Puzzeit, die Bedingungen bezüglich der Lehrzeit und das Kapitel „Strafen“. Das alles war ein deutlicher Hinweis auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Arbeiterinnen- bzw. Mitgliederversammlungen wurden in der Zeit vom 14.—23. Februar abgehalten in Langenheinbach, Spielberg, Ittersbach, Speßart, Busenbach, Reichenbach, Schöllbrunn, Schluttenbach, Ehenrot und Marzell. Für diese sämtlichen Versammlungen gilt folgendes Charakteristikum:

Der Besuch war ausgezeichnet; die Kolleginnen waren überall fast vollständig erschienen. Als besonders erfreuliche Erscheinung ist zu bemerken, daß in jedem Ortsgruppenvorstand einige Arbeiterinnen vertreten sind; einmal haben sie das Amt der Schriftführerin inne, dann wieder sind sie Beisitzerinnen. Ferner muß erwähnt werden, daß auch die Jugendlichen zahlreich in die Versammlungen kamen. Die Aufmerksamkeit war allorts groß. Als weiterer Beweis dafür, wie die Arbeitererschaft der gewerkschaftlichen Schulung zugänglich, verdient der rege Broschürenverkauf erwähnt zu werden. Außerdem wurde in jeder Versammlung irgend ein Gewerkschafts- oder Heimatlied gesungen. Doch damit genug; die Mitglieder haben in manchen Orten geschickt in die Diskussion eingegriffen; verschiedentlich erstatteten die Vorsitzenden einen tadellosen Konferenzbericht und wo Unorganisierte zugegen waren, wurden sie sämtlich dem christlichen Textilarbeiterverbande zugeführt.

Für Ittersbach trifft diese allgemeine Kennzeichnung nicht in allen Teilen zu. Die dortige Versammlung führte zur Gründung einer neuen Ortsgruppe, nachdem sich die anwesenden Arbeiterinnen der Gewerkschaft angeschlossen hatten.

Die Agitationstour im badischen Albthal ist somit nicht nur eindrucksvoll, sondern auch fruchtbringend gewesen. Den Kolleginnen und Kollegen sei ein echt gewerkschaftliches „Glück auf“ zugerufen. Die Einigkeit muß aber dauernd der Leitstern sein! T. H.

**Arbeiterinnenkonferenz in Mülhausen i. Gl.**

Um die Bildung von Arbeiterinnen-Kommissionen für die verschiedenen Ortsgruppen des Oberelsaß vorzubereiten und den Kolleginnen praktische Winke für die Betätigung dieser Kommissionen zu geben, wurde am 9. März eine Konferenz nach Mülhausen einberufen. Diefelbe war von 36 Delegierten besucht.

Kollegin Vitty-Mülhausen, in ihrer Eigenschaft als Bezirksberichterstatterin, eröffnete die Tagung und hielt eine herzliche Begrüßungsansprache.

Nachdem das vorgeschlagene Bureau von der Versammlung bestätigt war, erläuterte Kollegin Vitty den Zweck der Konferenz. Die Kolleginnen der verschiedenen Ortsgruppen hätten sich hier zu ernster Beratung zusammen gefunden. Gelte es doch, das Verständnis der Kolleginnen für die große Bedeutung der Arbeiterinnenfrage zu festigen und sie zu eifriger Mitarbeit für die Lösung dieser Frage zu begeistern. In der Textilbranche seien fast mehr Frauen beschäftigt als Männer. Daher müßten sich die Frauen auch mehr an der Werbearbeit für den Verband beteiligen, als das bisher geschehen sei. Das bekannte Schlagwort, die Lösung der Arbeiterfrage könnte nur das Werk der Arbeiter selber sein, ließe sich mit einer gewissen Berechtigung umbiegen in den Satz: die Lösung der Arbeiterinnenfrage könne nur das Werk der Arbeiterinnen selber sein.

Hierauf behandelte als erste Referentin Kollegin Groginger-Mülhausen das Thema: „Geschichte und Wesen der Arbeiterinnenfrage.“ Ausgehend von dem geschichtlichen Werden der gewerblichen Frauenarbeit, zeigte Rednerin in ihrem, auch in der Form vorzüglichen Vortrage die Schäden, welche die heutige Fabrikarbeit für die Arbeiterin im Gefolge hat. Dann gab sie uns das Heilmittel für diese Schäden an: Das Mittel heiße: Organisation.

Die folgende Rednerin, Kollegin Rohmer-Mülhausen, verbreitete sich ausführlich über das Thema: „Wie sind die Arbeiterinnen-Kommissionen einzurichten und wiesollen dieselben arbeiten.“ (Wir werden über die beiden interessanten und lehrreichen Referate noch ausführlich berichten. D. R.)

Die nun folgende Diskussion, an der sich Delegierten aus fast allen Ortsgruppen beteiligten, erbrachte so recht den Beweis, wie notwendig die Bildung von Arbeiterinnen-Kommissionen allorts ist. Nachdem Bezirksleiter Köhling die Kolleginnen zu eifriger Mitarbeit ermahnt hatte, sagte die Vorsitzende das Ergebnis der Beratungen in einem schönen Schlußworte zusammen. Mit einem Hoch auf den Verband fand die, nach jeder Richtung schon verlaufene Tagung ihren Abschluß. Mit dem Gelübnis, nach Kräften für unsere gemeinliche Verbandsstärke zu wirken, traten die auswärtigen Delegierten die Heimreise an.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Bausen.** Für das hiesige Kartell der christlichen Gewerkschaften war das Jahr 1912 ein arbeitsreiches und von Erfolg begleitetes. Am Jahreschluß bestanden 6 Zahlstellen mit 156 Mitgliedern, die dem Kartell angeschlossen waren, gegenüber 6 Zahlstellen mit 36 Mitgliedern am Jahreschluß 1911. Zu den christlichen Verbänden sind in der Berichtszeit 27 Mitglieder aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften übergetreten. Die inneren Arbeiten, die Schulung und Fortbildung der Mitglieder geschahen in 31 Sitzungen und Versammlungen. An Unterstützungen wurden durch die Ortsgruppen des Kartells 250,96 Mark ausgezahlt, an die Zentralkasse 1862,21 Mark abgeliefert. Herr Sekretär Hermann Volgt schreibt hierzu noch: Die Bekämpfung durch die sozialdemokratischen Organisationen war nicht inkrande, die Werbekraft des christlich-nationalen Gedankens unter den Bausener Arbeitsmännern und -Frauen zu schwächen. In Gegenteil! Es nahm die christlich-nationale Bewegung in Bausen, wie in der Lausitz überhaupt, einen namhaften Aufschwung, seit der sozialdemokratische Dr. Erdmann-Röhl, der „beste Kenner der christlichen Gewerkschaften“, zu einem Vernichtungsfeldzug gegen die „Christlichen“ herangezogen worden war.

**Dingelshädt.** Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, die sehr gut besucht war, veranstaltete am 2. März unsere Ortsgruppe. Unter den Ehrengästen bemerkten wir den Herrn Pfarrer Reinweber, verschiedene Herren Stadtverordnete und sonstige Vertreter der Bürgerschaft. Der Ortsgruppenvorsitzende, Kollege May, eröffnete die Versammlung mit einer freundlichen Begrüßung der Anwesenden und gab das Wort dem Kollegen G. M. Schiffer-Düsseldorf zu einem Vortrag über das Thema: „Die christlichen Gewerkschaften, ein Kulturfaktor.“ Ausgehend von der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Laufe der Zeit bis zu dem Welthandel und Weltverkehr unserer Zeit, zeigte der Redner, wie sich die Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verändert haben. Heute leben wir im Zeitalter der Organisation. Die Kulturbedürfnisse sind allgemein erheblich gestiegen. Die Lage der Arbeiterschaft hat sich zwar, vornehmlich durch die Gewerkschaftsarbeit, gebessert, doch nehmen wir noch längst nicht den Anteil an den Gütern der Kultur, auf die wir berechtigter Weise Anspruch haben. Während sich die Arbeiterschaft hierüber einig ist, bestehen sehr voneinander abweichende Meinungen über die Art wie man die Lage der Arbeiterschaft hebt. In seinen weiteren Ausführungen zeigte der Redner, wie die christlichen Gewerkschaften auf wirtschaftlichem, sozialem und auf geistig-sittlichem Gebiete kulturfördernd wirken. Interessant waren seine Ausführungen über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den Unternehmern, zu Staat und Gesellschaft. Zum Schluß richtete Kollege Schiffer einen beachtenden

Appell an die Anwesenden, für die Ideen der christlichen Gewerkschaften zu wirken und für die Ausbreitung derselben tätig zu sein. In der folgenden Diskussion sprach zuerst Herr Pfarrer Reinweber. Er erkannte die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften vollständig an und rühmte das schöne Zusammenwirken zwischen diesen und den konfessionellen Standesvereinen. Bezirksleiter Köhls vom christlichen Tabakarbeiterverband betonte besonders die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiterinnen und kam auf die Verhältnisse in der Tabakindustrie zu sprechen. Das Schlußwort sprach Kollege Lenzing-Hannover. Er stellte die in den Großstädten sich zeigenden „Blüten“ sozialdemokratischer Erziehung den Kulturbestrebungen der christlichen Gewerkschaften gegenüber. Mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf die christlichen Gewerkschaften schloß der Vorsitzende die schön und anregend verlaufene Versammlung.

**Dülken.** Arbeiter in der Armenpflege. Die Arbeiterbewegung als Standesbewegung erstreckt u. a. auch eine Heranziehung der Arbeiter zu den Ehrenstellen in der Rechtssprechung (Geschworene, Schöffen) und Verwaltung, wie sie von den Angehörigen der anderen Stände seit langem angenommen werden. Zu den Ehrenämtern in der gemeindlichen Verwaltung zählen vornehmlich die Posten der Armenpfleger. Die Heranziehung der Arbeiter zu letzterem ist in letzter Zeit vielfach erörtert worden. Ueber die praktischen Erfahrungen, die man mit ihr gemacht, berichtet neuerdings die Kieler Armenverwaltung. „Die Wahl der gewerblichen Arbeiter zur Armenpflege hat sich“, so heißt es hier, „berührt. Ungerechtfertigt war die hier und da lautgewordene Befürchtung, daß es den Arbeitern an der erforderlichen Zeit fehle, das Ehrenamt zu versehen. Die mit dem Ehrenamte eines städtischen Armenpflegers betrauten gewerblichen Arbeiter haben sich als ebenso sorgfältige Verwalter der städtischen Armenverwalter erwiesen, wie ihre Kollegen, die anderen Berufen angehörten. Ihre genaue Kenntnis von den Lebensverhältnissen der Armenbevölkerung befähigte sie, den Grad der Hilfsbedürftigkeit und die zur Hilfe notwendigen Mittel zutreffend zu beurteilen. Unzureichliche Bemessung der Unterstützung ist nicht bemerkt worden. In Kiel sind unter 422 Armenpflegern nicht weniger als 36 gewerbliche Arbeiter tätig. Das Beispiel regt zur Nachahmung auch anderwärts an. So erfreulich es ist, daß die Städte und Gemeinden immer mehr dazu übergehen, Arbeiter in der Armenpflege zu verwenden, so bedauerlich ist es auch, daß von Seiten der Arbeiter noch immer nicht genügend Interesse für die Armenpflege bezeugt wird. Sind es doch gerade die Arbeiter, die über die Ausübung der Armenpflege zu machen haben, damit Klagen über ungeeignete Armenpfleger an maßgebender Stelle unterbreitet werden. Oft werden Klagen laut, daß Arbeiter, die um Unterstützung einkommen, abgewiesen werden, angeblich weil der Armenpfleger den Grad der Hilfsbedürftigkeit nicht aus Erfahrung kennt. Auch ist es für einen Arbeiter sehr peinlich, wenn er sein Anliegen im Beisein der übrigen Familienmitglieder vorbringen muß, dies kann nicht scharf genug gerügt werden. Die Sozialdemokraten Heßens halten unlängst in Offenbach a. M. eine Frauentagung ab, zu der unter anderem auch über die Mitarbeit der Frauen für die kommunale Tätigkeit in der Armenpflege und in den verschiedenen Gemeinde-Verwaltungskörperschaften gesprochen wurde. Wie man sieht, ist man in sozialdemokratischen Kreisen rüffig an die Arbeit, die Frauen zu interessieren und für die Bewegung mobil zu machen. Hoffentlich bleiben unsere christlichen Arbeiterfrauen hier nicht zurück.“

**Elberfeld.** Für die Mitglieder des bergischen Landes. Wir machen schon jetzt die Kollegen und Kolleginnen des bergischen Landes auf die am 26. Mai d. J. auf Schloß Burg a. d. Wupper, stattfindende große Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung aufmerksam. Halte sich jeder diesen Tag frei, damit die Teilnehmerzahl an dieser Kundgebung eine recht große wird. Verschiedene bekannte Referenten sind als Festredner in Aussicht genommen. U. a. haben schon zugesagt die Herren Lic. D. Weber und Dir. Pastor Stuhmann.

**Ennet.** Einen Volksbildungsabend hatten wir am 2. März im großen Saale des Jünglingshauses. Die Veranstaltung erfreute sich eines guten Besuchs. Der Gesangchor des Jünglingsvereins eröffnete den Abend mit gesanglichen Darbietungen. Kollege Bartholemy hieß die Erschienenen willkommen und stellte fest, daß der starke Besuch ein Zeichen der Sympathie für den christlichen Arbeiterbewegung hier am Orte erfreue. Insbesondere begrüßte er den Herrn Oberpfarrer Köchle als früheren Arbeiterpräsidenten, dann den jetzigen Präsidenten des katholischen Arbeitervereins Herrn Kaplan Schilling und den Präsidenten des katholischen Jünglingsvereins Herrn Kaplan Fortmanns. Die Kollegin Gertrud Mockel trug den Prolog „die christliche Bewegung“ vor, der lebhaften Anklang fand. Kollege Franz Fischer, Düsseldorf, schilderte in einer mit großer Aufmerksamkeit gelohnten Rede die geschichtliche Entwicklung der Gewerkschaften, die Notwendigkeit der organisierten Selbsthilfe und die vielfachen Ergründungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Zündend wirkte sein Appell, weiter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung treu zu bleiben, ihr die Jugend noch mehr zuzuführen und die Opfer für die so sehr erfolgreiche Organisation nicht zu scheuen. Nunmehr ergriff Herr Rektor Dr. Postgeper das Wort. Nachdem er zunächst den Standesvereinen religiöser und wirtschaftlicher Art seine Sympathie bekundet, führte er seine Zuhörer an Hand von 70 Bildbänden durch das Eiseland. Hübsche Bilder zeigten herrliche Landschaften, Städte, Dörfer, Burgen usw. Durch die Lebenswürdigkeit des Herrn Hauptlehrer Langenberg konnten zum Schluß noch eine Anzahl selbst aufgenommenen Bilder aus Cupen und dessen näheren Umgebung vorgeführt werden. Dieser Teil der Darbietungen fand besonders Interesse. Mit herzlichem Dank an alle, die zur Verschönerung des verlaufenen Abends beigetragen, und dem Wunsch, das Gehörte zu beherzigen und in der Tat umsetzen zu wollen, fand die Veranstaltung ihren Abschluß.

**Esna.** Unsere Ortsgruppe ist im vergangenen Jahre recht schön voran gekommen. Etwa doch, wie aus dem Jahresbericht, der in unserer Generalversammlung erstattet wurde, hervorgeht, die Mitgliederzahl von 110 auf 137. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt, da die Revisoren wie immer, Kasse und Bücher in bester Ordnung befunden hatten. Aus der Wahl gingen als Vorsitzender G. Theissen, als Kassierer H. Dohlers, als Revisoren J. Tillmann und Matth. Remmen hervor. Ein heifällig aufgenommenen Vortrag des Kollegen Strößen aus Windberg über unsere Elberfelder Verbandsgeneralversammlung schloß die interessante Versammlung.

**Ditris.** Am Ausgange des schön gelegenen Reibetales, in dem Dreieck, wo die Staaten Preußen, Sachsen und Oesterreich zusammenstoßen, liegt das Städtchen Ditris. Dieses ist so friedliche Städtchen macht in letzter Zeit viel von sich reden. Der interkonfessionelle Charakter und die parteipolitische Neutralität unserer Organisation verbieten es uns,

auf diese Streitfragen näher eingegangen. Im Interesse der gesamten Bürgerschaft, insbesondere aber auch der Arbeiter-schaft, wäre es zu begrüßen, wenn diese Zeiten der Ver-gangenheit angehört. Auch in Ostritz gibt es auf allen Gebieten noch wichtige Fragen zu lösen. Die Vorbedingung aber ist auch hier die Einigkeit und Geschlossenheit der national gesinnten Kreise.

Für die Ostritzer Arbeiter-schaft stehen folgende Fragen im Vordergrund des Interesses: die Errichtung eines Mädchenheims, das Abhalten eines Spinnereiballes, dessen Ueber-schuss der betreffenden Fabrikrenten zuzuführen sollte, und „der Heroinfall der Selben“ in Ostritz. Die Errichtung von Mädchenheimen hat, wie alles andere, seine Licht- und Schatten-seiten. Wenn solche Heime errichtet werden, um alleinstehenden jungen Mädchen angenehme und billige Wohn-räume zu schaffen, ist solches nur zu begrüßen. Aber die Zahl der Mädchenheime, welche allein aus diesen eblen Motiven heraus entstehen, ist jedenfalls sehr gering. Auch ist die Er-richtung von Mädchenheimen begreiflich, wenn man dadurch einem permanenten Arbeitermangel abhelfen will. Ob bei der Errichtung des Ostritzer Mädchenheims eines der vor-ge-nannten Motive mitgewirkt hat, wagen wir zu bezweifeln. Das erstere ist wohl vollständig ausgeschlossen. Ein per-manenter Arbeitermangel besteht in Ostritz auch nicht. Tat-sache ist, daß viele Arbeiter- und Arbeiterinnen aus Ostritz und Umgebung sich auswärts Arbeit suchen müssen. Diese Leute würden es gewiß vorziehen, in Ostritz zu arbeiten, wenn sie dort lohnende Beschäftigung bekommen könnten. Wenn wirklich ein Arbeitermangel bestände, würde man auch mit der Entlassung von Arbeitern und ganzen Familien etwas vorsichtiger sein. Sollte es sich bestätigen, daß man in dieser Beziehung vielfach nach dem Grundsatz handelte: „Wenn ich die Jungen nicht habe, brauche ich die Alten auch nicht“, so wäre das als große Rücksichtslosigkeit zu bezeichnen. Wenn ein junger Mensch auf Wanderschaft geht oder aus irgend einem anderen Grund eine Person ihr Arbeitsverhältnis löst, so kann das, vom moralischen Standpunkte aus be-trachtet, nicht als Ursache gelten, den Eltern, der Ehehälfte oder sonst verwandten Personen das Arbeitsverhältnis zu kündigen. Letztere haben doch vielfach gar keinen Einfluß auf das Rindigungsrecht einzelner Personen. Wir erwarten, daß man in dieser Beziehung auch Gerechtigkeit walten läßt. Daß in Ostritz kein chronischer Arbeitermangel besteht, be-fähigt uns auch die Berichte dortiger Betriebe zur Handels-kammer Zittau. In einem Bericht vom Jahre 1910 heißt es wörtlich: „An Arbeitern herrscht kein Mangel“. Im Jahre 1911 mußte die Handelskammer zwar das Gegenteil berichten, denn da hieß es in dem Bericht desselben Betriebes: „Ob-wohl die Berichtshalterin auch im Berichtsjahre wiederum eine Erhöhung der Arbeitslöhne eintraten ließ, hatte sie doch fortgesetzt unter Mangel an gelerntem Arbeitskräfte zu leiden“. Aber der große Wechsel innerhalb der Arbeiterschaft ist auf be-sondere Ursachen zurückzuführen. Von der erwähnten Lohn-erhöhung ist den Arbeitern wenig bekannt. Jedenfalls ist die Lohnserhöhung aber nicht so, daß sie den geübtesten Lebensbedürfnissen der Arbeiter gerecht wird. Wenn das der Fall wäre, würde man auch in Ostritz genügend gelernte Arbeitskräfte haben. Die Schaffung eines Mädchenheims hat unseres Erachtens einen ganz anderen Zweck. Man sucht sich billige und willige Arbeitskräfte an den Betrieb zu fesseln, um damit auch die berechtigten For-derungen der Arbeiterschaft abwehren zu können. Sollte das hier nicht zutreffen und wir falsch geurteilt haben, so wäre das sehr zu begrüßen. Ob die Heranziehung vieler fremder Arbeiter im Interesse der Ge-meinde liegt, überlassen wir gern dem Urteil der Ostritzer Bürgerschaft. Einige unliebsame Vorkommnisse in der letzten Zeit haben in dieser Hinsicht jedenfalls ihre Wirkung nicht verfehlt. Diese Frage muß aber bei Personen, welche öffent-liche Ämter bekleiden und dadurch zum Wohle der Gemeinde tätig sein wollen, auch mit in Betracht gezogen werden. Hier darf nicht immer allein der trasse Egoismus entscheiden.

Das zweite „Problem“, das besonders in den letzten Wochen aktuell geworden ist, ist die Abhaltung eines Spinnereiballes. Eigentlich ist die ganze Angelegenheit nicht erwidernswert. Doch die Begleiterscheinungen machen die Sache interessant. Unbegreiflich ist es, wenn Arbeiter — und dabei noch organisierte — Anstifter und Förderer einer solchen Veranstaltung sind. Wir begrüßen gewiß ein gutes Verhält-nis zwischen Arbeitern und Arbeitgeber, ob aber durch solche Veranstaltungen ein gesundes Verhältnis herbeigeführt wird, wagen wir sehr zu bezweifeln. Arbeiter und Arbeiter-innen, welche Standesbewußtsein, Standesehre und Berufs-polz besitzen, haben Anspruch auf Achtung und Anerkennung. Dieselben brauchen sich diese nicht erst durch künstliche Dinge zu erwerben suchen. Das ist eines anständigen Deutschen nicht würdig. Um aber dem Spinnereiball eine große Be-teiligung zu sichern, suchte man nach einem zugkräftigen Mittel. Dieses war auch bald gefunden. Der Reingewinn sollte der Fabrikrentenliste zuzuführen. — Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen und das Unglück schreitet schnell. Trotz der Opferwilligkeit einiger Beteiligten wird die Rentenliste wohl kaum große Geschäfte dabei machen. Hoffentlich bewahren sich die Vermutungen einzelner Leute, wonach sogar ein Defizit entstanden sei, nicht. Durch solche Veranstaltungen wird die Rentenliste nicht zu den gesetzlichen Höchstleistungen kommen. Wenn man diese „Bunde“ heilen will, muß man andere „Medizin“ nehmen. Soviel wir unterrichtet sind, gewährt die Kaffe nur die gesetzlichen Mindestleistungen. Hier noch eine andere Frage. „Hat der Bezugsfonds seine gesetzliche Höhe erreicht?“ Pflicht der Arbeiterschaft ist es, dafür zu sorgen, daß die Kaffe besser ausgebaut wird. Das Recht und die Möglichkeit ist durch das Krankenversicherungsgesetz gegeben.

Kann man die letzten Tage der Wirt des Spinnereiballes aus den Ohren der Teilnehmer verfluchen, da wurde eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen mit höflichen Ein-ladungen zu einer Besprechung zwecks Gründung eines „Water-landischen Arbeitervereins“ befragt. Ein Herr Herr-Schal aus Zittau, angeblich Beamter der „Waterlandischen Arbeiter-vereine der Oberlausitz“, hatte mit dem Motto „Mit Herz und Hand für den deutschen Arbeiterstand“ und mit „deutschem Gruß“ zu einer Besprechung, welche am 27. Febr. im Gasthaus „Zum Löwen“ in Ostritz stattfinden sollte, ein-geladen. Jedenfalls haben auch hier Ostritzer Herren, welche ein Interesse an einer solchen „wirtschafts-friedlichen Arbeiter-partei“ haben, die Hand im Spiele. Die Art der Einladung und der Kreis derjenigen Personen, die eine Einladung er-hielten, läßt die Vermutung. Man hatte aber hier nicht mit dem gesunden Verstand der Ostritzer Arbeiterschaft ge-rechnet. Von den Eingeladenen selbst war keiner erschienen. Dagegen war eine Anzahl organisierter Arbeiter anwesend. Diese sind über die Ziele der „wirtschafts-friedlichen Arbeiter-partei“ gut unterrichtet. Der Referent konnte sich deshalb die Arbeit sparen. Dieser Heroinfall der „Selben“ brachte den Beweis, daß die Ostritzer Arbeiterschaft von dieser „wirtschafts-friedlichen Arbeiterpartei“ nichts wissen will. Der

Wunsch gewisser Kreise in Ostritz, sich durch die Gründung der „Selben“ in wirtschaftlichen, und jedenfalls auch in anderen Fragen, eine willige Gefolgschaft zu sichern, ist fehl-geschlagen.

Wenn wir das alles nochmals überschauen, so sehen wir, wohin die Reise geht. Die gewerkschaftliche Organisation hat in den letzten Jahren in Ostritz festen Fuß gefaßt. Das ist manchen Leuten ein Dorn im Auge. Deshalb sucht man jetzt durch allerlei Machinationen die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft in ihrer Bewegungsfreiheit zu hemmen. Diese Ereignisse müssen für die Arbeiter ein Ansporn sein, in der Werbearbeit für unseren Verband nicht zu erlahmen. Mit vereinten Kräften wollen wir deshalb arbeiten, um die Launen und Gleichgültigen aufzurütteln und für unsern Verband zu gewinnen suchen.

Stuttgart. Das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften Stuttgart hielt am 26. Februar seine General-versammlung ab. Aus dem Bericht der Kartelleitung geht hervor, daß die christlichen Gewerkschaften, soweit sie im Ortskartell organisiert sind, am 1. Januar 1913 1012 Mit-glieder in 12 Ortsgruppen zählten. Außerhalb des Kartells stehen drei neugegründete Ortsgruppen mit 114 Mitgliedern und 14 Ortsmannschaften des neuen Eisenbahnerverbandes mit 1013 Mitgliedern. Die erstgenannten Gruppen werden in diesem Jahr noch den Anschluß an das Kartell vollziehen, während es bei den Ortsmannschaften des neuen Eisenbahner-verbandes noch nicht sicher ist, ob sie bald dem Kartell bei-treten. Doch werden auch diese für die Dauer der Kartell-organisation nicht fernhalten können. Das Kartell hielt im Jahre 1912 2 größere und 8 kleinerer Agitations-versammlungen ab. Die einzelnen Ortsgruppen hielten zu-sammen 288 Versammlungen ab, bei den 170 Vorträgen ge-halten wurden. Durch Einzel- und Versammlungsagitation sind 419 Mitglieder gewonnen worden. Zugereist sind 197, abgereist 330 Mitglieder, 218 Mitglieder gingen der Be-wegung durch Austritt, Ausschluß, Selbständigmachung, unfreiwilligen Uebertritt in andere Lager usw. verloren. Die ständig ansässigen Mitglieder halten treu zur Sache und können sich auf den Arbeitsstellen auch gut halten, ein Beweis dafür, daß Arbeiter, die sich christlich organisieren, deshalb nicht um Arbeit und Brot zu kommen brauchen, wenn der gute Wille und der nötige Opfermut vorhanden sind.

Das Kartell hat im Jahre 1912 zu einer Reihe von Fragen Stellung genommen und einen Unterrichtskurs abge-halten, der pro Unterrichtsabend von 44 Teilnehmern besucht war. An Unterstützungen sind 5685,09 M. ausbezahlt worden. Erhebungen über die Zugehörigkeit der christlichen Gewerkschaftsmitglieder zu den konfessionellen Standesvereinen er-gaben, daß die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu 40% gleichzeitig einem konfessionellen Standes-verein angehören. Die evangelischen Mitglieder gehörten zu 40% gleichzeitig einem konfessionellen Standesvereine an. Künftig soll mit den konfessionellen Standesvereinen noch mehr Hand in Hand gearbeitet werden nach der Devise „Jeder Gewerkschaftler soll gleichzeitig Mitglied eines kon-fessionellen Standesvereins sein und umgekehrt.“

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

Rückgang der Tuberkulose-Sterblichkeit in Deutsch-land. Die vom kaiserlichen Gesundheitsamt ausgegebenen „Medizin-statistischen Mitteilungen“ erbringen einen zahlen-mäßigen Nachweis, daß seit anderthalb Jahrzehnten die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose im Deutschen Reich eine deutliche Abnahme zeigt. Der Sterblichkeitsrückgang macht sich nicht bei der Gesamtbevölkerung allein, sondern vor allem auch bei den Angehörigen der durch die Lungenschwindsucht am meisten gefährdeten mittleren Alters-klassen der Bevölkerung bemerkbar.

Wie die Todesursachenstatistik ergibt, starben an Schwindsucht in Deutschland jährlich:

1893/1895:	122 728 Personen
1896/1905:	115 204
1906:	107 690

Der Rückgang ist, wie man sieht, erheblich, im be-sonderen bei einem Vergleich des dreijährigen Durch-schnitts zu Beginn und zum Schluß des ganzen Zeit-raums von 16 Jahren. Es ergibt sich da, daß die Tuberkulosensterblichkeit, auf 1000 Lebende berechnet, gesunken ist von 2,5 auf 1,9 auf Tausend, und dies trotz der zweifellosten Zunahme der Lebenden.

Zu volkswirtschaftlicher Hinsicht am bedeut-samsten sind die Altersklassen von 15—60 Jahren, sie bilden den eigentlich erwerbsfähigen Teil der Bevölkerung. Bei ihnen ist die Tuberkulosensterblichkeit auf 1000 zurück-gegangen von 3,2 auf 2,3. Das Ergebnis gestaltet sich also hier besonders doch günstiger. Nicht so erfreuliche Resultate leider zeigt das Säuglingsalter, soweit Tuberkulose allein als Todesursache in Frage kommt. Eine tiefere Bedeutung kommt dem aber nicht zu, denn die Säuglingssterblichkeit in ihrer Gesamtheit läßt seit Jahren eine fallende Tendenz erkennen. Allerdings bleibt abzuwarten, wie der heiße Sommer des Vorjahres auf die Säuglingssterblichkeit eingewirkt hat.

In solchen zahlenmäßigen und damit zweifelsfreien Ergebnissen spiegeln sich die Erfolge wieder, die der harte Kampf gegen die Lungenschwindsucht erfreulicher-weise gezeitigt hat. Deutschland nimmt in dieser Hinsicht unter den Kulturstaaten einen führenden Platz ein, denn Staat, Gemeinden, öffentliche Körperschaften und gemein-nützige Organisationen setzen in gleicher Weise ihre Kraft ein, dem Würgengel der Menschheit die Opfer zu ent-reißen. In erster Linie sind es die deutsche Arbeiter-versicherung, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und vornehmlich die Landesversicherungsanstalten, die im Verein mit den Gemeinden und den Wohlfahrts-einrich-tungen den Hauptanteil der Erfolge im Kampf gegen die Lungenschwindsucht für sich mit Recht in Anspruch nehmen dürfen.

### Briefkasten.

**B. in M.** Auch solche Berichte müssen nächstens dem Ortsgruppenvorsitzenden und dem Bezirksleiter unterbreitet werden.  
**L. in G.** Die Aufnahme in dieser Nummer war unmöglich. Bericht kam zu spät.

### Versammlungskalender.

Osttrupp. 1. April, 7 Uhr, vierteljährliche Abrechnung der Vertrauensmänner.  
Rheindt. 30. März, 6 1/2 Uhr, bei Albert Paffen, Oden-tirchenerstr. 35.

### Bilanz

der Konsumgenossenschaft „Eintracht“, e. G. m. b. H., Gültig für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1912.

Aktiva	Passiva
Raffinenbest. am 31. Dez. 1867,74	Guth. der Mitgl. . . . . 8245,80
Spartassen Guthaben 14603,87	Reserven . . . . . 6628,87
Waren . . . . . 9918,43	Warenschulden . . . . . —
Debitoren . . . . . 700,00	Kaution . . . . . 100,00
Utenfilien . . . . . 164,08	Unkosten . . . . . 600,00
Guthaben bei der Groß	Hypothek . . . . . 7800,00
Einkaufs-Zentrale	Zinsen . . . . . 206,00
Mülheim . . . . . 1000,00	Rabatt . . . . . 7175,00
Zimmobilien . . . . . 10100,00	Gewinn . . . . . 7598,60
Summa 38854,07	Summa 38854,07
Mitgliederstand am 1. Januar 1912 278	Zugang im Jahre 1912 . . . . . 25
Abgang durch Tod . . . . . 7	durch Aufkündigung und Verzug . . . . . 14
Mitgliederzahl am 1. Januar 1913 . . . . . 282	Gesamthafsumme am 1. Januar 1913 8460 M.
Der Vorstand:	Der Aufsichtsrath:
Frz. Göldebachs.	S. B. Heinr. Ramsd.
Wilh. Grüters.	Vorsitzender.
Wilh. van Gerven.	(5.40)

### Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Joseph Ernst in Eupen.  
Klara Posselt in Ostritz.  
Arnold Wolters in Amern-St. Georg.  
Adelgunde Sumser in Wehr.  
Ehre ihrem Andenken!

### Literarisches.

Die Appretur der Bänder und Lizen. Von Professor K. Fiedler. Preis gebunden M. 1,80. (Leipzig 1913, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung.)  
Da in der Fachliteratur die Appretur der Bänder und Lizen bisher nicht oder nur ganz oberflächlich be-handelt worden ist, wird das Erscheinen dieses Werkes mit besonderer Freude begrüßt werden, zumal da der Verfasser es verstanden hat, auf einem kurzen Raum alles wesentliche in leicht verständlicher Darstellung, deren Verständnis durch 58 sehr gut wiedergegebene Abbildungen erleichtert wird, dem Leser zur Kenntnis zu bringen. Der erste Teil des Buches behandelt zunächst die vor-bereitenden Arbeiten für die Appretur der Bänder, Ab-wickeln, Haspeln, Bürsten, Dämpfen, dann die Entfernung der Fasern, Säugen, Scheren, weiter das Trennen der Bänder, Schneiden der Schußboorte, Trennen der Sammet-bänder und dann das Schneiden der Bänder aus Stoff-bahnen. Hieran schließt sich das Kapitel über die eigen-lichen Appreturarbeiten (Appreturmittel, Kochen der Appretur, ihr Auftragen, Trocknen, Brechen der Appretur). Dann wird das Satinieren (Kollalander, Frikionskalander) und weiter das Schmücken der Bänder, Moirieren, Gau-rieren, Herstellung des Sammeteffektes, Bedrucken, Schablonieren, Aufbringen der Perlen und weiter die Nacharbeiten behandelt. Der zweite Abschnitt befaßt sich mit Appretur der Lizen, der dritte mit der der Spitzen, und ein ausführliches Sachregister erleichtert ein rasches Nachschlagen. Dieser neue Band der Bibliothek der ge-samten Technik, der eine ansprechende Ausstattung mit billigem Preise vereinigt, darf auf gute Aufnahme in Fachkreisen sicher rechnen.

### Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der moderne Organisationsgedanke. — Horn-berger Schießbüchsen. — Lohnkarte in Futwebereien. — Der Kottant im Wuppertaler Wandwärgewerbe. — Die Gewerbeinspektion im Lichte Bernhardscher Kritik. — Genailleton: Ostritz. — Was haben Eltern und Lehrmädchen beim Antritt des Lehrverhältnisses zu beachten. — Allgemeines Handbuch: Ein Bischof für die christlichen Gewerkschaften. — Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter. — Fehl ge-schossen! — Textilarbeiterlöhne. — Die Förderung der Baumwollkultur in unseren Kolonien. — Eine treffende Charakteristik der gelben Gewerkschaftsbewegung. — Deutsch-lands Außenhandel und seine Schutzpolitik. — Sozial-demokratie und Religion. — Ein gewerkschaftliches Kultur-dokument. — Die Aussperrung im Malerewerbe. — Auf unserer Industrie: Fusion zweier großer süddeutscher Baumwollspinnereien. — Erhöhung der Seidenzölle in Frankreich. — Staatliche Förderung des Flachsbauwes. — Eine Berufskrankheit der Baumwollweber. — Deutsche Arbeiter im Welthandel. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitsfreieitigkeiten: Sommerfeld. — Aus unseren Bezirken: Das badische Mittel und seine Textilarbeiter-schaft. — Arbeiterinnenkonferenz in Mülhausen i. Elz. — Bericht aus den Ortsgruppen: Waufen. — Dingelstädt. — Müllen. — Elberfeld. — Eupen. — Hehn. — Ostritz. — Stuttgart. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Rück-gang der Tuberkulose-Sterblichkeit in Deutschland. — Brief-kasten. — Versammlungskalender. — Anzeige. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.